

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 5a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 599. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 44 B

BERLIN • Sonntag, den 21. Februar 1932

1. JAHRGANG

## Mord an China beschlossen!

Die letzte Ratsversammlung, die am Freitag das nicht-würdige Schauspiel der Verhandlungen über den Krieg zwischen Japan und China schloß, um das Amt des Rats nunmehr der Vollversammlung abzutreten, hat der Vertreter Chinas, YEN, benutzt, um im Angesicht all dieser hilflosen und verlogenen Delegierten mit voller Offenheit zu erklären, daß der Krieg in Schanghai in seiner ganzen Schwere ausgebrochen sei. Der Appell der Ratsmächte an Japan sei ohne alle Wirkung geblieben. Japan habe ein Ultimatum an China gestellt, ein für China unannehmbares Ultimatum, das am Sonnabend um 17 Uhr ablaufe. Hunderttausende von Truppen mit modernster Ausrüstung und vierzig Kriegsschiffe seien zum Angriff bereit. Die Japaner seien mit Giftgas-Bomben und Dum-Dum-Geschossen ausgerüstet. Die Lage führe zur Katastrophe, es sei denn, daß der Völkerbund sich in der letzten Minute entschließt, unverzüglich Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Worte des Gesandten YEN wurden in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal schweigend und unter der größten Aufmerksamkeit angehört. Alles wartete auf die Antwort des Japaners SATO, der es riskierte, zunächst Entschuldigungen vorzubringen gegenüber der englischen Regierung wegen eines Zwischenfalls, bei dem ein Engländer getötet worden sei. Man ließ diesen Vertreter des Völkermordes weiter reden. Man gab ihm das Recht, gegen die Behauptungen YENS Protest einzulegen, Dum-Dum-Geschosse und den Gebrauch von Giftgas-Bomben abzuleugnen. Er maßte sich an — und der Völkerbundsrat hörte zu —, die Behauptung aufzustellen, der Völkerbundspakt könne nur in einem Konflikt zwischen zivilisierten Staaten in Anwendung treten. China befände sich — so peinlich es sei, das erklären zu müssen — seit zehn Jahren im Zustand des Bürgerkriegs, der Unordnung und der Auflösung. Ein Konflikt Japans mit einer andern Macht wäre von Japan sicherlich unter Innehaltung der rechtlichen Formen ausgetragen worden.

Und nun das Argument, das einzige, das bisher außer den Handelsinteressen die Vertreter des Völkerbunds in Bewegung gesetzt hat: Die Sicherheit der Ausländer sei nicht mehr gewährleistet. SATO war schlau genug, sich hier auf das Verhalten anderer Mächte zu berufen, die, wie England, Frankreich, Italien und U. S. A. 1927 ebenfalls mit militärischen Maßnahmen ihre Interessen in China gesichert hätten. Er verlange, daß der Völkerbundsrat zu diesen Ereignissen jetzt endlich Stellung nehme. Er fügte hinzu, daß Japan in der Kapitalinvestition in Schanghai an zweiter Stelle stehe.

SATO schloß mit den Worten, er habe dem Rat eine bedeutsame Mitteilung zu machen: die Unabhängigkeit der Mandchurei sei soeben ausgerufen worden. Die japanische Regierung unterstütze die Unabhängigkeitsbewegung in der Mandchurei. Wenn China einmal eine normale Regierung haben würde, so sei die japanische Regierung bereit, sich mit

China über das Schicksal der Mandchurei zu verständigen. Und dann wieder der Angriff auf den Völkerbundsrat: Wie komme es, daß der Rat bisher nie dagegen protestiert habe, daß die Mongolei von der Karte Chinas verschwunden und von einem andern Staat annektiert sei?

Die nachfolgende mehrstündige Sitzung des Völkerbundsrates zeitigte das Resultat, wie es von diesen durch ihre Regierung gebundenen Delegierten nicht anders zu erwarten war: PAUL-BONCOUR schlug vor, an die japanische und die chinesische Regierung Aufforderungen zu richten (Verlängerung des Ultimatums, Wiederaufnahme der Verhandlungen, Einschaltung neutraler Truppen) und die Vertreter der Großmächte zu ersuchen, ihren Gesandten diesen Vorschlag telegraphisch nach Schanghai zu übermitteln.

PAUL-BONCOUR hatte wenigstens den Mut, die Ohnmacht des Völkerbundes einzugestehen, indem er darauf hinwies, daß in diesem Augenblick, in dem der Völkerbund in der Glasveranda des Völkerbunds-Sekretariates zusammensäße, im Osten eine Schlacht von unerhörtem Ausmaß beginne. Einige hilflose Redensarten des englischen und des deutschen Vertreters schlossen diese Niederlage des Völkerbundes ab.

In lautloser Stille gab dann der japanische Botschafter die Erklärung ab, daß er den Vorschlag des Ratspräsidenten seiner Regierung übermitteln werde.

Das Dokument des Völkerbundspaktes, das feierlich von 56 Staaten unterzeichnet worden ist, ist damit erledigt. Es wäre besser, dieses Schriftstück zu verbrennen, damit niemand mehr nachlesen kann, wozu die Mächte sich verpflichtet hatten, die im Vollbesitz ihrer Rüstungen sind und deren Telegraphen-Apparate nach Tokio den Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen übermitteln könnten. Aber nichts dergleichen geschieht; der Rat bleibt beieinander, die Völker zahlen weiter für dieses Konsortium, und die Pazifisten weisen darauf hin, daß dieser Völkerbund doch wenigstens ein Anfang sei. Nein, dieser Völkerbund ist kein Anfang; seine Vertreter gehören vor das Haager Schiedsgericht. Nur die härteste Sprache des empörten Rechtsgefühls kann hier die Sache des mit Füßen getretenen Rechts verteidigen und unverhüllt bekennen, was hier vorgeht.

### Der Krieg im Osten.

Knapp eine halbe Stunde, nachdem der erste Termin des japanischen Ultimatums vorüber war, begann am Sonnabendmorgen das japanische Feuer. Die Japaner haben den Sturm auf die chinesischen Schützengräben durch ein mehrstündiges Artilleriefeuer eingeleitet.

Die beiderseitigen Frontlinien reichen von der Nordgrenze der internationalen Niederlassung in Schanghai bis nach Wusung. Der japanische Angriffsplan sieht vor, die

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

## Die Hintergründe beim Schulabbau.

E. B. Diese werden uns deutlich vor Augen geführt in einem Bericht über das Schul- und Lehrerehend in Chicago.

„Der Bürgermeister von Chicago hat die Eltern benachrichtigt, daß wahrscheinlich die Schulen bald geschlossen werden müßten; die Kinder, mindestens die älteren, sollen durch Rundfunk unterrichtet werden. 11000 Lehrer Chicagos haben seit April kein Gehalt mehr bekommen, die Stadt schuldet ihnen insgesamt 20 Millionen Dollar. . . Die sonstigen städtischen Angestellten bekamen ihr Gehalt, die sonstigen Verwaltungsaufgaben werden noch erfüllt.“ („Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ Nr. 6, vom 6. Februar 1932.)

Der Schulbetrieb ist also zu teuer. Mit Rundfunk wird er billiger! Eltern und Lehrer, achtet auf, es geht um die Erziehung der Kinder! Diese Nachricht aus Chicago zeigt uns, wie richtig die Begründung eines Vorschlages zur Junglehrerhilfe eines Zweigvereines des „Preußischen Lehrervereins“ ist, die wir im „Funken“ Nr. 5, vom 7. Januar 1932, mitteilten. Wir wiederholen darum hier einen besonders beachtenswerten Teil dieser Begründung:

„Wir müssen uns an dieser Stelle die Frage vorlegen: Welchen Zweck hat der Schulabbau? Wer will ihn?“

Wir kennen die Mächte, die heute der Schule ganz andere Aufgaben stellen als die Mitglieder unserer Organisation. Nehmen wir als Beispiel die „Vertreter der Wirtschaft“, die durch den Mund des Obergerichters ARNHOLD, des Leiters des „Dinta“, uns ihre Forderungen an die Schule mitteilen. „Und nun sind wir in letzter Stunde daran gegangen, diesen wichtigsten Faktor, der die Hemmungen (in der Produktion) hervorgebracht hat, den Menschen, zu bewirtschaften, in ihm Triebkräfte mobil zu machen, die sich ebenfalls wirtschaftlich auswirken sollen.“ Den Menschen „bewirtschaften“ heißt hier-

nach, ihn zu einem möglichst brauchbaren Diener der „Wirtschaft“, d. h. der Unternehmer zu machen; der Mensch wird behandelt wie eine Sache und nicht wie eine Persönlichkeit. Der Maßstab für eine gute Schularbeit wird daher — ebenfalls nach ARNHOLD — gesehen in einem fehlerfreien Diktat, im Lösen von Rechenaufgaben, im flotten Lesen. Das Ziel der Schularbeit ist der „wendige Mensch“, der auf den leisesten Druck reagiert wie eine gute Maschine.

Es ist notwendig, sich die Entwicklung klar zu machen, die die Schularbeit folgerichtig nehmen muß, wenn jene Machtgruppen entscheidenden Einfluß auf die Schule gewinnen. Im Zeitalter des Tonfilms, des Trickfilms, des Rundfunks erscheint es handgreiflich nahe, das ganze Schulwesen von Grund aus umzugestalten. Wir können uns einen von einem geschickten Regisseur geleiteten Rechtsschreibe-, Zeichen-, Erdkunde-, Geschichts- und Rechenunterricht denken, der für die Kinder interessanter ist als der heutige Unterricht in diesen Fächern. Die Schulen brauchen nur einige große Säle, ein paar Aufsichtsbearbeiter — und die Sache geht, die Kinder sind interessiert. Ein paar Turn- und Sportlehrer werden angestellt. Organisiert man die Schularbeiten nach dem Muster der amerikanischen Tests, richtet man nach dieser Art Prüfungen ein, gibt man Zeugnisse, die zentral nach einem bestimmten Schema die Schüler klassifizieren und die Eignung für die Berufe registrieren, so bildet man ein Geschlecht heran, das in dem heutigen Maschinenzeitalter sehr brauchbare Mitglieder der Gesellschaft abgibt, Menschen, die für die Zwecke der Unternehmer brauchbarer sind als geistig selbständige Menschen. Die Lehrer sind in den Schulen entbehrlich, gewiegte Methodiker sitzen an den Zentralen und leiten nach zentralisierten Anweisungen den ganzen Apparat. Erzieher sind ganz überflüssig.“

## AUS DEM INHALT:

Schlichtungswesen  
und Verbindlichkeitserklärung.  
Fricks Tätigkeit wird untersucht.  
Drei Filme.  
Bauern und Großigentümer.  
Preisdiktator Goerdeler.  
Der Streik in Burnley.

## „Die Würfel sind gefallen.“

Die Parole der SAP zur Präsidentenwahl.

Von Minna Specht.

„Die Würfel sind gefallen: Die Bourgeoisie hat den Generalfeldmarschall von HINDENBURG als ihren Kandidaten . . . aufgestellt. Die Sozialdemokratie . . . gibt jetzt die Parole aus, zur Rettung der damals von HINDENBURG gefährdeten Republik HINDENBURG zu wählen.“

So beginnt der Aufruf, in dem der Parteivorstand der SAP seine Parteigenossen und alle mit der Politik der SAP Sympathisierenden auffordert, für den von der Kommunistischen Partei aufgestellten Kandidaten zu stimmen und „die ganze organisatorische und agitatorische Kraft der SAP einzusetzen für den proletarischen Kandidaten . . .“

Mit dieser Entscheidung der SAP hat das ernste Streben der Arbeiterklasse, eine gemeinsame Klassenfront gegen das Bürgertum zu bilden, einen neuen erschütternden Schlag bekommen. Die SAP hat die Flinte ins Korn geworfen, die Würfel sind für sie gefallen — ehe noch die SPD ihre Parole eindeutig ausgegeben hat, ehe noch in dem Kampf der Rechten die Gefahr, die gerade von diesem Zwist her droht, allen so klar wie möglich gemacht werden konnte.

Die SAP hat vor etwa vierzehn Tagen in einem offenen Brief alle Arbeiterorganisationen zur Aufstellung eines gemeinsamen proletarischen Klassenkandidaten aufgefordert. Die Verhandlungen mit der KPD sind nach dem Bericht von SEYDEWITZ gescheitert; die SPD hat die Bemühungen der SAP abgelehnt. Da es der SAP nicht darauf ankam, aus Parteigoismus einen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern sie es allein darauf abstellte, einen Klassengenossen zu präsentieren, glaubt sie heute, die Einheitsfront nur noch dadurch vertreten zu können, daß sie ihre Stimme schon jetzt für THÄLMANN abgibt.

Uns erscheint diese Entscheidung verfrüht und in ihren Folgen verhängnisvoll — um so verhängnisvoller, je mehr Gruppen sich dem Beispiel der SAP anschließen werden, was bei der Kampfmüdigkeit und dem Fatalismus, dem sich viele Arbeiter und vor allem ihre „Führer“ ergeben haben, nur allzu bald eintreten wird.

Gewiß, wer das Verhältnis zwischen SPD und KPD kennt, der hat allen Anlaß zum Pessimismus, ja zur Verzweiflungsstimmung. Auch die Politik in der Präsidentenwahl scheint wieder nur dafür zu taugen, die Kluft, die zwischen den Führern der beiden Organisationen besteht, noch mehr zu erweitern und den Arbeitern zu demonstrieren, daß trotz aller Reden die Sicherung eines Sieges über den Faschismus hinter die Parteinteressen zurücktritt. Aber dieser Pessimismus darf nicht zum Ratgeber werden, solange man weiß — und wir alle wissen es —, daß Millionen organisierter und unorganisierter Arbeiter im ganzen Reich es noch für möglich, ja für das einzig vernünftige Gebot der Stunde halten, nur einen solchen Kandidaten aufzustellen, den alle Sozialisten als Vertreter ihrer Klasse wählen können — ungeachtet aller sonstigen Gegensätze. Dieses Urteil der Massen orientiert sich weit mehr an der Gefahr, die bei der Wiederwahl eines HINDENBURG oder der Neuwahl eines HITLER droht, als daran, daß der Kampf zwischen den beiden führenden Arbeiterorganisationen die Überwindung dieser Gefahr vielleicht unmöglich macht. Mit

dieser Orientierung ist das Proletariat auf dem richtigen Weg. Auch für uns steht die Frage nach der Größe dieser Gefahr im Vordergrund. Sie weist uns erst an, die andere Frage, wie bringen wir die Führer dahin, sich angesichts dieser Gefahr zu verständigen, mit dem erforderlichen Nachdruck zu stellen.

Es steht noch immer so, daß trotz der Unschlüssigkeit auf der Seite der Nationalisten die Aussicht, dem Faschismus zu entgehen, nur dann besteht, wenn es gelingt, einen gemeinsamen Kandidaten für die ganze Arbeiterklasse aufzustellen. Zwar ist die Chance, daß ein Sieg dieses Kandidaten schon im ersten Wahlgang gelingt, angesichts der Vielheit der Kandidaten, mit der am 13. März zu rechnen ist, gleich Null. Und doch kommt alles darauf an, in der Anstrengung nicht nachzulassen, gerade für den ersten Wahlgang bereits einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten auf die Liste zu bringen. Denn nur, wenn das Bewußtsein der solidarischen Verbundenheit und die Kraftentfaltung in dem gemeinsamen Wahlkampf es ermöglichen, schon im ersten Wahlgang eine beträchtliche Stimmenzahl auf den Arbeiterkandidaten zu vereinigen, ergibt sich überhaupt die Hoffnung, ihn im zweiten Wahlgang zum Sieg zu führen. Oder stellt man es sich etwa leicht vor, daß Arbeiter, die bei der Vorbereitung der ersten Wahl auf verschiedenen Seiten der Barrikaden kämpften, sich nach einer solch vergiftenden Wahlschlacht an den Verhandlungstisch setzen werden, um dann einen gemeinsamen Kandidaten ausfindig zu machen. Not bricht nicht Haß.

Dazu kommt, daß das, was heute in den Reihen der Harzburger Front vor sich geht, noch völlig undurchsichtig ist. Es wird sich vielleicht weit weniger als Mangel an Zivilcourage bei HITLER herausstellen — ein Mangel, der sicher auch vorliegt —, sondern möglicher Weise als ein sehr listreiches und infames Ränkespiel, das darauf abzielt, die Entschlüsse HINDENBURGS zu zermürben.

Dieser Mann, dessen Charakter nicht auf überlegener Urteilskraft, sondern auf Gefühlen beruht, die durch das Alter befestigt sind, ist totsicher einem Ringen von rechts gegenüber viel weniger widerstandsfähig als gegenüber Verhandlungen, die die Mitte oder die Linke mit ihm führen. Sollten die Harzburger ihn zu gewinnen suchen, so wird er ihnen leichter zuneigen als dem Werben der Linken; sollten sie ihn bekämpfen, so wird er sich eher zurückziehen. Aber gleichviel — sei es, daß die Rechte ihn überraschender Weise im zweiten Wahlgang zu ihrem Kandidaten macht, sei es, daß sie ihn dahin bringt, sich einem zweiten Wahlgang nicht mehr auszusetzen, um dann selber mit einem faschistischen Kandidaten hervorzutreten — beide Aussichten sind gleich lebensgefährlich für das Proletariat. Wenn in einer solchen Situation die SP sich für einen Kandidaten aus ihren eigenen Reihen entschließt, oder gar wie 1925 einen MARX anzubieten riskiert, dann tritt sowohl die SP mit ihrem Kandidaten wie die KP mit THÄLMANN in einen Wahlkampf ein, der bestenfalls wie ein Würfelspiel entschieden wird.

Sollte sich aber die SP, angesichts einer so gefährbringenden Lage, entschließen, an die KP heranzutreten zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten, so kann es für dieses Angebot zu spät sein. Die KP muß nämlich wollen; ihr darf nicht der Kamm geschwollen sein durch einen relativ starken Wahlerfolg, den ihr ihre eigenen Anhänger, die Masse der Verzweifelten und solche Organisationen wie z. B. die SAP (durch ihr voreiliges Zurückstellen der Bemühungen um einen Einheitskandidaten) bereitet haben. Vielleicht will sie in einer solchen Stunde nicht mehr. Vielleicht holt sie dann dazu aus, die Parole „Klasse gegen Klasse“ bis an die Grenze zu treiben und es auf das Duell HITLER-THÄLMANN ankommen zu lassen, — entweder weil sie auf einen unmittelbaren Sieg baut, oder weil sie in dem Sieg HITLERS nur

die letzte Etappe vor der kommunistischen Weltrevolution erblickt.

An diesem gewissenlosen Nichtstun gegenüber dem Faschismus werden wir uns nicht beteiligen; denn alles spricht dafür, daß dieses Spiel das Proletariat seine Führer kosten und ihm endlose Jahre des Elends und der Verzweiflung bereiten wird. Darum gilt es jetzt, wo die Machtverschiebungen noch nicht endgültig zur Ruhe gekommen sind, wo vor allem der Druck der Genossen in ihren eigenen Organisationen im Sinn der Herstellung der Einheitsfront noch ausgeübt werden kann, das Aeußerste zu wagen an Aufklärung und Stärkung der Genossen, damit sie auf ihre Organisationen drücken, daß diese, seien es die Parteien oder die Gewerkschaften — auf die wir stärkere Hoffnungen setzen —, dem Verlangen der Massen noch eine Minute vor zwölf nachgeben und einen Einheitskandidaten aufstellen, der die Bereitschaft und das Vertrauen der Massen gewinnt. Selbst wenn die KPD an THÄLMANN festhält, Tausende von Arbeitern, die sonst zu Hause bleiben würden, weil sie weder Herrn VON HINDENBURG noch THÄLMANN wählen wollen, werden

### Der Krieg im Osten.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Eisenbahnlinien von Schanghai nach Nanking und nach Hangtschau zu besetzen. Dadurch sollen die 11000 in Tschapoi befindlichen chinesischen Soldaten von jedem Zugang abgeschnitten und gegen den Sutschau-Kanal gedrängt werden, auf dessen anderer Seite internationale Truppen sind. Gleichzeitig sollen die Wusung-Forts und das Dorf Wusung unter Feuer genommen werden.

Die Schlacht in vollem Gange. Unter diesem Titel häufen sich jetzt die Berichte über das Morden in China — das kein Krieg ist!!

England ist entschlossen — strengste Neutralität zu üben, wie der Schanghai-Ausschuß des englischen Kabinetts mitteilt.

### Die tapferen Angreifer.

Aus einem Bericht der chinesischen Regierung über den chinesisch-japanischen Konflikt:

„Die See- und Militärkräfte der Japaner haben die Kais des Flusses im Innern der internationalen Niederlassung benutzt, um dort Truppen, Kanonen und Proviant abzuladen. Von japanischen Kriegsschiffen, die am Whangpoo, längs der internationalen Niederlassung, verankert sind, wird auf chinesische Militärkräfte außerhalb der internationalen Niederlassung geschossen. Die chinesische Artillerie, die verteidigungsbereit ist, kann auf die japanischen Kanonen aber nicht antworten, ohne neutrale Schiffe in Gefahr zu bringen. Auch der Admiralkreuzer, der den Angriff der Japaner leitet, ist am Kai der internationalen Niederlassung verankert.“

### Der Memelkonflikt.

Auch der Memelkonflikt wird im Völkerbundsrat immer weiter vertagt über alle Termine hinaus, die zunächst für die endgültige Entscheidung angesetzt waren. Der Juristenausschuß kommt nicht voran mit seinem Gutachten.

Inzwischen gibt der Fall Memel den Nationalisten in Deutschland hinreichend Material für eine nationalistische Hetze. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft benutzt diesen Anlaß, um gegen den Versailler Vertrag zu Felde zu ziehen und ihn zu brandmarken, was angesichts der Abrüstungskonferenz besonders unintelligent ist. Ähnlich klingt es aus einer Entschließung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei heraus, die diesen zum Memelkonflikt angenommen hat.

### Runciman über die englischen Zölle.

Auf einem Essen der Schiffahrtskammer sagte Handelsminister RUNCIMAN die neuen Zölle sollen nicht nur Englands Stellung festigen, sondern auch als Mittel zum Niederreißen der hohen Zollmauern in anderen Ländern dienen.

dann diesen Arbeitervereiter wählen und damit das Übergewicht der Rechtsfront schwächen. Ein solcher Vorstoß der SP oder der Gewerkschaften unter dem Druck der Massen könnte es auch der KPD ermöglichen, im zweiten Wahlgang zu diesem Kandidaten zu stoßen, ohne daß sie sich dabei etwas vergibt.

All dies ist heute noch möglich. Die Würfel sind noch nicht gefallen! Noch verschoben sich die Verhältnisse; noch warten große Teile des Proletariats darauf, daß seine Sache nicht von den Verwaltern des Organisationsapparats, den es nicht durchschaut, für den es aber bezahlt und dem es die Leitung anvertraut hat, verraten wird. Noch hoffen sie, daß wenigstens der zweite Schritt vorbereitet wird, falls der erste Schritt wirklich verloren sein sollte. Wir glauben den Genossen von der SAP, daß kein Parteigoismus sie zu ihrer jetzigen Parole getrieben hat. Aber wir hätten gewünscht, sie hätten den Kampf um den Einheitskandidaten länger gekämpft. Es wird durch ihren Entschluß nach unserer Meinung politisch nichts gebessert, aber vielleicht hat er dazu beigetragen, den Weg zur Einheit endgültig zu verrammeln.

### Painlevé lehnt die Kabinettsbildung ab

k Paris, 20. Februar.

PAINLEVE hat sich in den frühen Morgenstunden des Sonnabend entschlossen, auf die Regierungsbildung zu verzichten, nachdem er bis gegen vier Uhr morgens vergebens versucht hatte, ein lebensfähiges Kabinett auf die Füße zu stellen. Der ehemalige Kriegsminister gab gegenüber der Presse eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß er sich am heutigen Sonnabendvormittag zum Präsidenten der Republik begeben werde, um den ihm erteilten Auftrag zurückzugeben. Zwei Tage lang habe er versucht, seine Aufgabe, nämlich die Bildung einer Regierung der Verständigung zu erfüllen, sei dabei aber auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen.

### Ermächtigungsgesetze vom Nationalrat genehmigt.

r Wien, 19. Februar.

Der Nationalrat hat am Freitag die beiden wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetze endgültig angenommen, nur mit der einen, von der SP geforderten Abänderung, daß die Zuständigkeit vom Hauptausschuß an das Parlament übergeht, wenn ein Viertel der Mitglieder des Hauptausschusses einer Maßnahme widerspricht. Für die Gesetze stimmten die Christlich-Sozialen, der Landbund und die Sozialdemokraten.

### Sollen wir Hindenburg tolerieren?

E. A. Diese Frage stand zur Debatte auf der öffentlichen Versammlung des ISK in Frankfurt a. M. Der Redner wies auf die Notwendigkeit einer Einheitskandidatur für die Arbeiterschaft hin; dazu brauche man natürlich die Unterstützung durch andere Organisationen.

Von den Anwesenden, unter denen sich Mitglieder der verschiedenen proletarischen Parteien befanden, hatte keiner einen ernsthaften Einwand gegen unseren Vorschlag zu machen. Eine rege Diskussion entstand über folgende Gedanken:

1. Es sei für eine solche Aktion bereits zu spät. — Da die Vorschlagsliste zur Reichspräsidentenwahl noch nicht geschlossen ist, muß es ein anderer Grund sein, der für die Ablehnung unseres Vorschlages ausschlaggebend ist. Und so ist es: Es ist der fehlende Wille bei der SPD, der KPD und dem ADGB. Hier gilt es also nachzuhelfen, z. B. so, daß jeder einzelne in der Gewerkschafts- oder Parteiversammlung, im Betrieb oder an der Stempelstelle, auf einer Freidenkerversammlung oder in der Sportorganisation für den Vorschlag zur Aufstellung eines Einheitskandidaten eintritt. Unter allen Umständen muß versucht werden, mit diesem Vorschlag durchzudringen; dazu ist es noch jetzt nicht zu spät.
2. Die KPD ginge nicht von ihrer sogenannten klaren Linie ab; sie würde auf ihren Kandidaten nicht verzichten. — Wir wollen diesen Fall einmal annehmen (obwohl bisher noch kein ernsthafter Versuch einer großen Organisation,

# WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pabelreiter-Verlag, Perlin.

(43. Fortsetzung.)

Germaine neigt ihren Oberkörper etwas näher zu ihm hin. „Kein Wort glaube ich Ihnen, Herr Brandt. Revolution? Nein, zu einem Umsturz so gewöhnlicher Art sind Sie ein ... ein viel zu höhensüchtiger Mensch!“

Er lachte leise. „Ich hoffe, Ihre gute Meinung zu verdienen.“

„Es ist zwar schwer, Ihr innerstes Gesicht zu erkennen ... Ihre hellen Augen sind wägend auf ihn gerichtet. „Stehle ich Ihnen auch nicht Ihre kostbare Zeit fort ...?“ Sie macht eine unentschlossene Bewegung, als wolle sie aufstehen.“

Brandt legt ganz sachte die Hand auf ihren Unterarm. „Bitte, bleiben Sie fünf Minuten. — Wie waren die Ferienwochen in Trouville? Man sieht Ihnen noch Sonne und Meerluft an.“

„Von Trouville soll ich Ihnen erzählen! Dabei kreisen Ihre Gedanken unablässig um die Not der Gegenwart. Sagen Sie, daß es keinen Krieg geben wird! Ich weiß doch, wie tief Sie den Krieg hassen!“

„Ich verachte ihn, wie jede Sinnlosigkeit“, antwortet er einfach.

„Aber früher, erinnern Sie sich? ... da war Léon Brandt Frankreichs gefeierter Kampfflieger!“

„Das muß ein Jahrhundert her sein“, spottet er sinzend. „Sie erinnern sich nicht ...?“

Er sieht sie mit offener Herzlichkeit an. „Ich will das lebende Gedächtnis sein aller Toten jener unseligen Zeit.“ Fast feierlich entgegnet Germaine: „Die Toten brachten, ein jeder für seine Heimat, das schwere Opfer.“

Brandt steht mit unerwarteter Heftigkeit auf. „Die Toten opferten sich für den Frieden! So wie der Nazarener für die

Menschen auf Golgatha verblutete. — Sie sehen mich ungläubig an? Für den Frieden der Kommenden starben die Toten! — Enthüllt Ihnen das Massensterben jener vier Jahre kein erschütterndes Mysterium? Fühlen Sie nicht das Mysterium jenes furchtbaren Sterbens? Warum hat es sich in diesen fünfzehn Jahren nicht eingegraben ins Blut der Völker? Warum ist die Welt nach jenem Massenopfer zurückgerollt in ihre Versteinerung, die gerade durch das heroische Opfer überwunden werden sollte? Warum hat sich der Aufschrei, der damals Europa erfüllte, heute wieder in verkündende Hymnen gewandelt? Brandts Stimme wird stärker und eindringlicher. „Warum fälscht sich, was Abscheu und Scham sein müßte, heute wieder um in Ehre und Ruhm? Der Mord der Völker, vor zwanzig Jahren entlarvt als Dummheit und Gewissenlosigkeit, warum wird er heute wieder gefeiert als unentrinnter Dämon! Haben Sie Phantasie, liebe Freundin? Sehen Sie den Schutthaufen Paris? Hören Sie die Todesschreie, die aus vergifteten Stadtrösten zum Himmel gellen? Sehen Sie vierzig Millionen Franzosen durch das Land irren, ein Gewühl wahnsinnig gewordener Kreaturen, irres Gelächter auf den Lippen, stiere Anklage in den Augen, mit Antlitzen, die das Menschentum nur noch als Fratze erkennen lassen? Wünschen Sie bfüllendes, sinnloses Chaos? Wünschen Sie beschimpften Menschengestalt, der heimatlos über den Trümmern irrt? Fühlen Sie nicht, daß der Krieg stärker geworden ist als seine Urheber? Soll die Erde immer wie ein irrsinniger Kreislauf um sich selbst schnurren? Nein, liebe Freundin, solange ich Atem in der Brust habe, verhindere ich den Ausbruch solcher Entgöttlichung der Menschenerde! Ich bin nicht auf verlassenem Posten! Ich bin der fleischgewordene Ausdruck gigantischen Millionenwillens! Vielleicht zerschleibt ein Verblender vorher noch meine Stirn oder mein Herz, aber es gibt dann in Europa ein Heer, das mein Testament vollstrecken wird!“

Regungslos verharrt Germaine im Sessel. Ihre Augen sind an den Mund des Mannes verloren, dessen Worte sie lähmen, an seine grauen Augen die plötzlich zwei gütevolle Sonnen geworden sind. Sie will aufstehen. Sie ist nicht hierher gekommen, um seinem Zauber zu verfallen. „Das Vaterland wartet!“ — sagte Saint Brice ...

„Kampfflieger Brandt!“ kommt es mahnend über ihre Lippen.

„Toter Kampfflieger!“ echot es ironisch zurück.

„Franzose Brandt!“

„Ich lebe!“ Es klingt wie Triumph.

Germaine erhebt sich rasch, legt die Hand auf seinen Arm. „Ist der Kampfflieger Brandt unwiderrufbar die Straße nach Damaskus gegangen ...?“

Er antwortet wie aus weiter Ferne: „Damaskus ... ja, zwölfter August 1918 ...“

„Ein Sautus, dem die Gottheit erschien ...?“

Brandt lächelt herb. „Möglich ...“

„Zwölfter August 18 ...? Was geschah damals ...?“

Brandt sitzt im Sessel und verfolgt mit seinen Blicken einen Sonnenstrahl, der auf dem Teppichmuster zittert. „... Was damals geschah? ... Zuweilen offenbart sich uns die Gottheit ...“ Er hebt sein Gesicht auf und begegnet den drängenden Augen der blonden Germaine. Dann läuft sein Blick wieder ins Leere. „Es war ein Großkampftag. Meine Kampfstaffel war im Morgengrauen aufgestiegen, sechs Maschinen. Das Trommelfeuer hörte auf. Unsre Divisionen unter uns setzten zum Durchbruch an. Sieben feindliche Flieger schossen uns entgegen ... wir verbißten uns ineinander wie tolle Hunde, Maschinengewehre rasselten, Flugzeug um Flugzeug sackte in die Tiefe wie zerplatzende Sterne. Zum Schluß behaupteten zwei noch das Luftfeld: der Deutsche und ich! Zwei hassende mordwillige Menschen im hohen Lichtraum ...“

Germaine sitzt im Sessel, ihre Augen brennen in das Gesicht des Mannes hinein, der schon längst von ihrem Herzblut Besitz ergriffen hat.

„Wir umkreisten einander, unlauerten uns, stießen immer wieder hinter deckenden Wolkenfetzen hervor zur tödlichen Entscheidung ... Plötzlich, ich brach aus einer Wolkenwand heraus, dicht vor mir sah ich den Deutschen schweben, in wenig unter mir, unfelbar in meine Hand gegeben, in fünf Sekunden abzunicken ...“

„Sie schonten Ihren Gegner!“ ruft Germaine hin-gerissen aus.

(Fortsetzung folgt.)

## Schlichtungswesen und Verbindlichkeitserklärung. Dringende Gewerkschaftsaufgabe.

„Es sind auf der Arbeiterseite grundsätzliche Erwägungen, die uns zur Bejahung des Schlichtungswesens und damit auch der Verbindlichkeitserklärung veranlassen.“ Diese Behauptung stellt H. SCHLESTEDT in einem Aufsatz: „Schlichtungswesen, Schlichtungsverfahren und Schlichter“ in Nr. 1, 1932, der „Betriebsratzeitschrift des DMV“ auf. Diese Ansicht findet man neuerdings häufiger in Gewerkschaftskreisen bei Auseinandersetzungen über das Problem des Schlichtungswesens, und so kann, im eigenen Interesse der Gewerkschaft, nicht scharf genug bekämpft werden, denn sie ist falsch und kann verhängnisvolle Folgen für den Bestand der Gewerkschaften haben.

Man kann das Schlichtungswesen anerkennen, ohne damit die Verbindlichkeitserklärung bejahen zu müssen. Es muß bei der Beurteilung des Schlichtungswesens scharf auseinandergehalten werden: einerseits die Schlichtung von Tarifstreitigkeiten vor vereinbarten Schiedsgerichten oder dem staatlichen Schlichtungsausschuß; andererseits die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Gegen vereinbarte Schiedsgerichte und staatliche Schlichtungsinstanzen wird man keinen ernsthaften Einwand erheben können. Anders ist es mit der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, die in das Schlichtungsverfahren einen Zwang hineinbringt, durch den die Schlichtung ihren Sinn verliert und letzten Endes zu einer Maßnahme zur Verhinderung von Arbeitskämpfen wird. Die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht der Arbeiter wird damit praktisch aufgehoben.

Das wurde auch in Gewerkschaftskreisen richtig gesehen. So führte der Gewerkschafter HERMANN MÜLLER auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau 1925 als Berichterstatter über die Sozialgesetzgebung aus:

„Nun ist auch manches gekommen, was wir nicht wollten. Dazu rechne ich die Schlichtungsordnung. Wir haben heute den Schlichtungszwang, verbunden mit der Verbindlichkeitserklärung von Tarifen, und damit den Zwangstarif. Ohne Frage war es ein großer Fortschritt, als der Arbeitsvertrag vom individuellen zum kollektiven Arbeitsvertrag befördert wurde. Es war die Anerkennung der Gewerkschaften damit verbunden, und es wurde damit auch ein moralischer Druck auf die Arbeiter ausgeübt, die in den Gewerkschaften damit die anerkannte Vertretung ihrer Interessen sahen. Das hat zu einer Stärkung der Gewerkschaften geführt. Der Zwangstarif übt mehr eine schwächende Wirkung aus, er unterbindet die Kampfmöglichkeit, den Streik, und fördert damit die Teilnahmslosigkeit der Arbeiter (Sehr richtig!), weil viele Arbeiter sich sagen: durch die Verbindlichkeitserklärung wirst du, auch ohne Mitglied zu sein, doch ein Nutznießer dessen, was die Gewerkschaft erkämpft. Noch schlimmer ist, daß durch die Zwangstarife der Einfluß der Unternehmer auf Regierung und Schlichter bedeutend gewachsen ist. (Sehr wahr!) Die Unternehmer nutzen diese Möglichkeit nach Kräften aus, wie sie ja auf allen Gebieten die Regierung ständig unter Druck halten. So ist bei der Regierung und bei vielen Schlichtern die Parole der Unternehmer Trumpf geworden: Schutz den wirtschaftlich Schwachen! Die Schlichtungsordnung ist durch Zwangstarife kein soziales, sondern asoziales Gesetz geworden. Wir lehnen ja das Schlichtungswesen nicht ab, sind im Gegenteil immer bemüht, alle Instanzen zu erschöpfen, bevor wir zum eigentlichen Kampf schreiten. Der Streik ist heute mehr denn je das letzte Mittel durch Durchführung unserer Forderungen. Aber wir können unter keinen Umständen auf die Möglichkeit, zu streiken, verzichten.“ (Zitiert nach SCHWARZ: Handbuch der Gewerkschaftskongresse. Berlin 1930.)

Wir können nur wünschen, daß diese Gedanken wieder Allgemeingut werden in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften sind groß und stark geworden in harten Kämpfen, und die sozialpolitischen Erfolge nach 1913

waren noch Früchte dieser Kämpfe, eine Folge der Kampfbereitschaft der Gewerkschaften. Die Unternehmer und auch die Regierung hatten die Gewerkschaften als Gegner zu fürchten. Das hat sich inzwischen sehr geändert. Den Gewerkschaften sind die Flügel durch die Schlichtungsordnung beschnitten. Sie können nur dann noch kämpfen, wenn die Unternehmer diesen Kampf selber wünschen. Jeder andere, unerwünschte Kampf kann durch die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches unmöglich gemacht werden, und wird auch in der Regel tatsächlich unmöglich gemacht.

Jetzt werden die Erfolge früherer Kämpfe wieder abgebaut. Ernsthafter Widerstand wird von den Gewerkschaften sehr selten geleistet. Und je weniger Widerstand geleistet wird, um so mehr wird abgebaut. Die Unternehmer kennen in dieser Beziehung keine Bescheidenheit und keine Rücksicht. Im schlimmsten Falle, wenn die Gewerkschaften sich zum Kampf entschließen sollten, haben die Unternehmer die Hilfe des Staates: die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches unterbindet jeden Kampf. Man mag sich drehen und wenden, wie man will; dieser Teil des Schlichtungswesens muß verschwinden, damit die Gewerkschaften überhaupt wieder in die Lage versetzt werden, die gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können. Dabei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaften mit dem Verlust der Möglichkeit zum Kämpfen schließlich auch die Fähigkeit zum Kämpfen verlieren, also ihre gewerkschaftlichen Aufgaben immer weniger erfüllen können. Eine wichtige Voraussetzung für gewerkschaftliche Erfolge ist die Koalitionsfreiheit. Sie ist wieder hergestellt, wenn die Verbindlichkeitserklärung aus dem Schlichtungsverfahren verschwunden ist. Das zu erreichen, ist eine der dringendsten Aufgaben für die Gewerkschaften. Wie weit man bereits jetzt die Forderung der Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung in den Vordergrund der Tageskämpfe schieben sollte, wird vielleicht noch erörtert werden müssen. Prinzipiell jedoch muß die Verbindlichkeitserklärung fallen.

Noch vor nicht langer Zeit war der politische Einfluß der Gewerkschaften so stark, daß reaktionäre Kreise über die „Nebenregierung“ der Gewerkschaften zeternten. Wie sehr sich die Lage geändert hat, zeigt die Tatsache, daß durch die vierte Notverordnung trotz aller Proteste und Warnungen der Gewerkschaften das geltende Tarifrecht kurzerhand aufgehoben und ein allgemeiner Lohnabbau diktiert worden ist. Es geht bergab. Proteste und Warnungen werden nur dann beachtet, wenn der Gegner weiß, daß es nicht bei den Worten bleibt, sondern daß auch im gegebenen Falle entsprechende Taten folgen.

Wir lehnen keineswegs das Schlichtungswesen grundsätzlich ab, wie die kommunistische „Opposition“ in den Gewerkschaften. Wir sehen die Aufgabe der Gewerkschaften darin, für ihre Mitglieder die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und, in der gegenwärtigen Lage, die Abbauversuche der Unternehmer zu vermindern. Das kann durch Kampf geschehen, wenn die Bahn für den Kampf wieder frei ist. Dieser Kampf ist für uns aber nicht das Ziel gewerkschaftlicher Politik, sondern lediglich ein Mittel zur Erreichung gewerkschaftlicher Ziele. Wie der Kampf, kann auch die Schlichtung von Streitigkeiten ebensogut ein Mittel zur Erreichung gewerkschaftlicher Ziele sein. Unter Umständen kann die Schlichtung sogar einem Kampf vorzuziehen sein, nämlich dann, wenn die Opfer eines Kampfes in keinem rechten Verhältnis zu den Erfolgen stehen würden. Die Entscheidung aber, welche Mittel im Einzelfall zur Erreichung ihrer Ziele angewandt werden sollen, muß bei den Gewerkschaften liegen. Wird den Gewerkschaften dieses Recht genommen — und das geschieht durch die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, die die fehlende Zustimmung zu einem Schiedsspruch durch Zwang ersetzt und einen Zwangsvertrag schafft, gegen den es keine Aufhebung gibt — dann sind die Gewerkschaften in ihrer Existenz bedroht. Denn was nützt einem Arbeiter die Koalition in einer Gewerkschaft, wenn sich diese nicht als Gewerkschaft betätigen darf?

Fritz Schmalz.

## Erschütternde Zahlen.

h Berlin, 18. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde der Haushalt für 1932/33 verabschiedet. Bei dieser Gelegenheit machte Präsident SYRER folgende Angaben:

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen wird ihren Höhepunkt während dieses Winters voraussichtlich bei 6¼ Millionen finden. Der Jahresdurchschnitt für das ablaufende Haushaltsjahr wird dann 4,8 Millionen betragen. Für das kommende Haushaltsjahr wird mit einem Jahresdurchschnitt von 5,6 Millionen gerechnet. Auf der Grundlage dieser Zahlen ist zu erwarten, daß im Jahresdurchschnitt 1932 3 250 000 Arbeitslose von der Reichsanstalt Unterstützung bekommen werden (1 500 000 Hauptunterstützungsempfänger, 1 750 000 Krisenunterstützte im Jahresdurchschnitt).

Der durchschnittliche monatliche Unterstützungssatz in der Arbeitslosenversicherung ist von 81 Mark pro Kopf im ersten Jahr der Arbeitslosenversicherung zurückgegangen auf 70,50 Mark im letzten Haushaltsjahr. Für das kommende Jahr ist dieser Satz mit nur 53 Mark pro Kopf angesetzt worden.

## Wohlfahrtserwerbslose.

Am 31. Dezember 1931 bezogen von 1000 Einwohnern der Provinz Brandenburg 18,8 Personen Wohlfahrtunterstützung (gegen 9,1 Personen am 31. Dezember 1930). Die entsprechenden Zahlen für Berlin sind: 54,77 Ende Dezember 1931 gegen 28,7 Ende Dezember 1930.

In der Rheinprovinz gab es Ende Dezember 1931 30,5 Wohlfahrtserwerbslose auf 1000 Einwohner, in Westfalen 33,8.

## Junglehrer.

h Berlin, 19. Februar.

Der preußische Kultusminister hat dem Landtag eine Uebersicht über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber nach dem Stand vom 15. Januar zugeleitet. Die Gesamtzahl der Bewerber betrug 22 511. Darunter sind 8 092 evangelische Bewerber, 4 112 evangelische Bewerberinnen, 6 335 katholische Bewerber und 3 971 katholische Bewerberinnen. Von diesen stellenlosen Lehrpersonen waren 4 069 auftragsweise, 2 283 vertretungsweise und 3 193 als Hilfslehrer beschäftigt. Fortbildungszuschüsse erhielten 7 636, zurückgestellt waren 1 316 stellenlose Lehrkräfte. 3 981 Bewerber waren ohne jede Beschäftigung im Schuldienst.

## Fricks Ministerlätigkeit.

### Ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Am Donnerstag hat der Thüringische Landtag auf einen sozialdemokratischen Antrag hin einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingesetzt zur Untersuchung der Tätigkeit Fricks in der thüringischen Polizei. Mitglieder: Drei Sozialdemokraten, zwei Landbändler und je ein Vertreter der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei. Die Nationalsozialisten, denen ein Vertreter zustand, haben erklärt, sie würden an den Arbeiten des Ausschusses nicht teilnehmen. Den Vorsitz des Ausschusses führt BRILL (SP).

Der Ausschuß wird am 11. März seine Arbeiten beginnen. Arbeitsplan:

1. Untersuchung der versuchten Einbürgerung HITLERS. Als Zeugen sollen vernommen werden: HITLER, FRICK, STENNES, Kapitänleutnant a. D. EHRHARDT und Beamte des thüringischen Innenministeriums.
2. Untersuchung der Versuche, unter FRICK die Thüringer Polizei mit NS zu durchsetzen.
3. Untersuchung des Vorwurfs, die Thüringer Polizei habe vielfach einseitig zu Gunsten der NS eingegriffen.

## Drei Filme.

### Kameradschaft.

Ich sah neulich diesen Film, über den im „Funken“ schon einmal geschrieben worden ist. Ein unerhört lebendiger, unmittelbar wirkender, belehrender und erziehender Film — ein Kunder der einfachen — nur künstlich verschütteten — großen Wahrheit, die er künstlerisch geradezu anschaulich vermittelt. „Kumpel ist Kumpel!“ Er ist es und bleibt es, ob er in Frankreich oder in Deutschland wohnt. Arbeiterelend, Unrecht ist international. Die gegenseitige Ermordung von Proletariern, der man demagogisch und verlogen die Bezeichnung „Krieg“ angehängt hat, und die in einer eingelochten Vision kurz und wahr (ohne jeden Sensationsanstrich!) gezeigt wird, kann niemals und unter keiner Verbrümmung Sache des Proletariats sein.

Der anfeuernde Aufruf des Kommunistischen Manifestes wird hier nicht erwähnt, aber versteht sich für geistig Unverkrüppelte von selber: Proletarier aller Länder — vereinigt Euch!

### Wenn die Soldaten . . . .

Dem Film „Kameradschaft“ ging am gleichen Abend im gleichen Kino voraus einer der heute die Hirne und Charaktere verderbenden Filme mit dem Motiv: „Der Soldate, der Soldate . . .“ Er hatte in meinem Fall den Namen: „Wenn die Soldaten . . .“ Der Sinn für das Soldatenleben (vielleicht der Geschmack an der allgemeinen Wehrpflicht!) soll hier, und überhaupt mit solchen Filmen geweckt werden durch den Appell an die Instinkte, denen Menschen folgen, solange ihre Vernunft schweigt. Abgesehen davon, daß das Soldatenleben sich durchaus nicht im Zeugen unehelicher Kinder, einigen Ehebrüchen und vielen Saufgelagen erschöpft, sondern in dem Menschenschlachthaus und auf dem Exerzierplatz wesentlich rauher aussieht, — abgesehen also von der Verlogenheit dieses Films ist auch nicht einzusehen, warum gerade diese Seite des Soldatenlebens, die tatsächlich in einem so wenig geistigen Beruf stark hervortritt, noch geradezu als Kulturerrungens-

schaft aufgetischt wird. Mit Kultur hat dieser Film so wenig zu tun, wie die durch ihn dargestellte Beschäftigung.

### Der Hauptmann von Köpenick.

Ganz anders dieser Film. Ihm liegt die bekannte wahre Geschichte zu Grunde, die sich vor dem Weltkriege in dem Städtchen Köpenick abgespielt hat. Ein alter Schuhmacher, der Jahrzehnte seines Lebens hinter Gefängnismauern verbracht hat, kommt bei einer gelegentlichen Stippvisite in der Freiheit auf den Gedanken, die Empfänglichkeit des deutschen Gemütes für bunt angezogene Menschen auszunutzen. Das gelingt ihm mit einer geradezu beschämenden Leichtigkeit. Er hält eine gerade aufziehende Wache an, nachdem er sich als Hauptmann verkleidet hat, zieht mit den Soldaten auf das Rathaus, verhaftet Bürgermeister und Rentanten und geht mit der Kasse nach Hause.

Beinahe jede Handlung dieser Komödie ist ein Faustschlag ins Gesicht des Militarismus. Die einzigen Menschen, die auf den Gedanken kommen, sich Ausweise vorlegen zu lassen, haben „nicht gedient“: Eine Frau und ein „untauglicher“ Kassierer. Alles, was gedient hat, ist versteinert, und erstarrt, wenn sich irgend wo eine Uniform zeigt, die der eigenen übergeordnet ist, oder wird frech, wenn der andere einen Stern weniger am Kragen hat. Ein tolles Durcheinander von Leuten, die nur in Knöpfen, Uniformen oder Akten denken können.

Nur ein einziges Mal zeigt sich eine Seele auch beim Militär in einem befreienden Gelächter: Als der Schuster sich schließlich freiwillig stellt, lacht das ganze Polizeikommando über den Reimfall — aber nicht des Militarismus, sondern der armen Köpenicker. Und der Schuster sagt deshalb auch sehr richtig, als er die Polizisten lachen sieht: Lachense man nich, wenn Sie det gewesen wärn, wär Ihnen det ooch passiert.

Und darin hat der Schuster völlig recht. Dieses Einschwenken, wenn irgend ein buntenütziger, Tressen und Streifen tragender Monokelträger losschnarrt, ist noch längst nicht ausgerottet. Zwar sind im Augenblick — wenigstens in Deutschland — die Uniformträger vom Gefreiten an aufwärts

etwas weniger mächtig als zur Zeit des Hauptmanns von Köpenick; aber der Geist des Militarismus, des „mit Gruppen links — besser rechts — schwenkt, marsch!“ ist noch immer der dominierende. Und deshalb hat dieser Film eine Aufgabe erfüllt, und hat sie noch zu erfüllen: Die ganze aufgeblasene Nichtigkeit einer wesenslosen bloßen Organisiertheit zu entlarven und die Träger dieser Nichtigkeit dem Gelächter der Menschen auszuliefern. Leider hat in Deutschland dieses Gelächter noch nicht die Wirkung, die es in einem gebildeten Volke haben würde: In einem solchen Volke wäre ein derartiges Gelächter eine tödliche Waffe. Freilich: in einem gebildeten Volke.

Solche Filme verdienen mehr Beachtung, als sie heute erfahren. Die Organisationen der Arbeiterschaft sollten sich um Bildungsmittel bemühen, die — wie z. B. die Filme „Kameradschaft“ und „Hauptmann von Köpenick“ — geeignet sind, der sozialistischen Erziehung zu dienen. Es gehört zu den Kulturaufgaben der Gewerkschaften, ihre Geldmittel mit dazu zu benutzen, der Arbeiterschaft sorgfältig ausgesuchte künstlerische Leistungen zugänglich zu machen. Planmäßige Propaganda für solche Leistungen, soweit sie schon vorhanden sind, aber auch Ermunterung proletarischer Künstler zu neuen derartigen Leistungen sollten Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen mehr als bisher neben ihrer anderen Arbeit einhergehen lassen. Das wäre nicht nur schön, sondern auch nützlich — ein Zusammenreffen, wie es leider nicht immer vorliegt.

W-cr.

## Der Schöpfer aller Dinge.

L. W. Eine fromme Jugendleiterin hat im Kindergarten ein Lied eingetibt: „Wach' auf, mein Herz, und singe dem Schöpfer aller Dinge!“ Nach dem Frühstück soll das Lied noch einmal gesungen werden. Ein Kind sagt den Text auf. „Sagt mal, Kinder,“ fragt die Leiterin, „wer ist denn der Schöpfer?“ Darauf der kleine Heinz, mit aufgepushten Backen, erhobenen Armen und lautem Geschrei: „Du, du, Tante, ich weiß, da tut man in der Anstaltsküche die Suppe mit rausholen!“

## Aufforderung zum Sympathiestreik.

Kattowitz, 19. Februar.

Der Streikausschuß des Dombrowaer Kohlenreviers hat sich an die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften in Ostoberschlesien mit der Bitte um Unterstützung seines Streiks gewandt und gebeten, möglichst bald auch in Ostoberschlesien den Streik zu verkünden. Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften wird am Freitag zusammentreten, um zu dieser Aufforderung Stellung zu nehmen.

## Lohnsenkungen in den wichtigsten schwedischen Industrien.

Stockholm, 19. Februar.

Nach längeren Verhandlungen sind die Lohnsätze in den wichtigsten Industrien Schwedens, in der Maschinen-, Eisen- und Holzindustrie, neu festgesetzt worden. Die Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen in der Zellstoffindustrie werden zur Zeit noch fortgeführt. Im einzelnen wird in der Maschinen- und Eisenindustrie eine Lohnsenkung von 4 bis 6 Prozent, und in der Sägewerkindustrie von 6 bis 8 Prozent durchgeführt.

Die Löhne, die sonst in europäischen Ländern in diesen Industriezweigen bezahlt werden, sind niedriger als die neuen schwedischen Löhne. Selbstverständlich ist das kein hinreichender Grund, sie auch in Schweden abzubauen!

## 1000 Blinde fordern Gleichheit.

Berlin, 19. Februar.

1000 Blinde fanden sich in einer Veranstaltung zusammen, die der Allgemeine Blindenverein e. V., Berlin, der Deutsche Blindenbund für Führerhunde e. V., und die Blindensektion des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit einberufen hatten.

Der Hauptredner, der Blinde SCRAWOWITZ, forderte den Ausgleich der Benachteiligung, denen die Blinden infolge ihrer geringeren Wettbewerbsfähigkeit und ihrer höheren Aufwendungen ausgesetzt sind. Dieser Ausgleich soll durch einen Rechtsanspruch gesichert sein, bloße Fürsorge ist unzureichend.

Zum Schluß wurde ein Aufruf an Parlamente, Behörden, Parteien und „das ganze hilfswillige Volk“ beschlossen, einzutreten für: „Schaffung einer staatlichen Blindenrente und — solange eine solche noch nicht eingeführt ist — Verbesserung der öffentlichen Fürsorge für Blinde; insbesondere Berücksichtigung des durch die Blindheit verursachten Mehraufwands bei Bemessung der Fürsorgeleistungen, grundsätzliche und allgemeine Schonung der Blinden bei dem gegenwärtigen Abbau der öffentlichen Fürsorge und bei den geplanten Einschränkungen der Renten aus der Sozialversicherung; Berücksichtigung der Blinden bei Arbeitsvermittlung und bei Vergebung von Arbeitsaufträgen.“

Vom rechtlichen Standpunkt muß man diese Forderungen als billig, ja als bescheiden bezeichnen.

## Quittung.

Wir danken für folgende Spenden:

O. in B. 4 M.; H. G. in R. 3 M.; E. A. in St. 10 M.; R. L. in G. 30 M.; M. B. in M. 10,70 M.; A. W. in B. 2 M.; F. D. in B. 30 M.; G. L. in E. 10 M.; E. B. in E. 5 M.; O. P. in G. 2 M.; R. L. in B. 60,35 M.; R. B. in G. 3,85 M.; H. S. in B. 2 M.; Sammlung Hamburg 102,75 M.; E. G. in B. 6 M.; G. G. in K. 11,50 M.; H. L. in K. 50 M.; A. S. in K. 33,40 M.; Sammlung K. 1,63 M.

Weitere Spenden erbitten wir auf das Postscheckkonto Berlin, Nr. 80160 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

## Um die Versammlungs- und Pressefreiheit.

Berlin, 19. Februar.

GOEBBELS hat beim Reichspräsidenten und beim Reichsinnenminister mindestens für die Dauer der bevorstehenden Wahlkämpfe die Aufhebung der Beschränkungen der Versammlungs-, Kundgebungs- und Pressefreiheit gefordert.

Der Vorstand der DNVP hat eine Entschließung gefaßt, in der die gleiche Forderung erhoben wird. Die deutsche nationale Reichstagsfraktion werde im Reichstag dahingehende Anträge stellen.

Berlin, 19. Februar.

Das vom Berliner Polizeipräsidenten über GOEBBELS verhängte Rede- und Versammlungsverbot ist mit Wirkung vom Montag, dem 22. Februar, aufgehoben worden.

## Der Ballon-Höhenflug.

Der Ballon „Ernst Brandenburg“, der am Donnerstag früh um 9 Uhr 28 Minuten in Bitterfeld gestartet war, ist nachmittags um 18 Uhr 30 Minuten in Rotemühle (Kreis Olte) in Westfalen gelandet. Er hatte eine Höhe von über 9000 Metern erreicht, und hat sich in dieser Höhe sechs Stunden gehalten. Der Ballon flog über den Harz, und erreichte bald nach seinem Aufstieg eine Höhe von 3000 Metern. Seine beiden Insassen, RICHARD SCHÜTZE aus Bitterfeld und der Student der Meteorologie SUKSTORFF mußten die Sauerstoffflaschen in Anspruch nehmen. In diesen Höhen herrschte eine Kälte von ungefähr 40 Grad.

Die Höhenfahrt des Ballons diente zur Sammlung von Material für die Erforschung der Höhenstrahlung. Von näherer Kenntnis dieser aus dem Weltraum dringenden Strahlung, die sich in großen Höhen bemerkbar macht, erwartet man Aufschlüsse über die Entstehung der Gestirne.

## Erforschung des Polarmeers.

Berlin, 17. Februar.

Im Institut für Meereskunde sprach Professor SVERDRUP-Bergen über eine Forschungsfahrt des Unterseeboots „Nautilus“ ins Nordpolargebiet. SVERDRUP führte aus:

FRIDTJOF NANSENS Entdeckung des tiefen Polarmeeres und sein Nachweis, daß der letzte Ausläufer des Golfstromes durch das ganze Polarmeer, als ein untergetauchter Strom, verfolgt werden kann, haben uns das Polarmeer viel näher gerückt. Es ist nicht mehr nur ein Meer, in dem der Nordpol liegt als ein verlockendes Ziel der Tatkraft, sondern ein Meer, welches für die Strömungen im Atlantischen Ozean eine große Rolle spielt.

Auf Grund der Resultate der U-Boot-Fahrt konnte nachgewiesen werden, daß das atlantische Wasser, welches der Küste Spitzbergens entlang in das Polarmeer hineinströmt, sich mit einer Stromgeschwindigkeit von 1 bis 2 cm/sec gegen Nordwesten ausbreitet. Gleichzeitig nehmen die Temperatur und der Salzgehalt des Wassers ab infolge von Mischung mit den darüber und darunter liegenden Schichten. Die Intensität der Mischung konnte zahlenmäßig festgestellt werden. In den größten Tiefen, unterhalb 2000 bis 2500 m, nimmt die Temperatur nach unten zu, der Salzgehalt wähet aber auch und die Schichtung ist deswegen stabil. Das Tiefenwasser des Polarbeckens hat denselben Charakter wie das

## Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Februar erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M., zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Wasser des Norwegischen Meeres in Tiefen zwischen 1000 und 1500 m. In diesen Tiefen muß deswegen eine Verbindung vorhanden sein, durch welche das Tiefenwasser in das Polarmeer hineinströmt, wie schon NANSEN vermutet hat.

KNAURS Konversations-Lexikon. Unter diesem Titel ist in dem bekannten Verlag von Th. KNAUR ein Nachschlagewerk erschienen, das allen denen zur Anschaffung empfohlen werden kann, die darauf angewiesen sind, die in Zeitungen und Vorträgen häufig angewandten Fremd- und Fachwörter nicht nur äußerlich, sondern auch verstandesmäßig aufzunehmen. Selbst dann, wenn der Gebrauch der Fremdwörter und Fachausdrücke sehr eingeschränkt wird (was immer empfehlenswert bleibt!), ist es heute keinem mehr möglich, ohne ein Hilfswerk, wie ein Lexikon, auszukommen.

Das vorliegende ist infolge seiner Billigkeit und seiner Sachlichkeit gut geeignet für die Arbeiterschaft. Es kostet 2,85 M. und enthält nach den Angaben des Verlages 35 000 Stichwörter, 2 600 Illustrationen, 70 einfarbige und bunte Tafeln und geographische Karten, 20 Übersichten und 115 statistische Bilder im Text, der rund 1900 Seiten umfaßt.

W-cr.

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 21. Februar.

Berlin:

11.00 Orgel-Konzert aus der Stadthalle Magdeburg.  
18.20 Prof. H. ONCKEN: GEORGE WASHINGTON. (Auch Königswusterhausen.)

Breslau:

9.20 SCHLESINGER: Steuerlich zulässige Rückerstattungen.

Königswusterhausen:

18.45 Junge Generation spricht: Abrüstung — Aufrüstung?

Langenberg:

19.05 Afrika singt.

München:

20.00 Orchester-Konzert.

Moskau, Gewerkschaftssender.

20.00 Der zweite Fünfjahrplan.

## BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszowski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

Göttingen.

**P. KRÜGER Nachf.**  
Weender Straße (Haus: Hotel zur Krone)

Das billigste Spezialgeschäft für Herren-Artikel, Strümpfe, Unterzeuge usw.

Überzeugen Sie sich bitte selber unverbindlich

**C. Lotze**  
Johannisstraße 2

Butter  
Käse  
Eier  
Landbrot

**Der Pfennig regiert!**  
Ein sensationell billiger Verkauf in den Preislagen  
4 Pf. 9 Pf. 14 Pf. 19 Pf. 24 Pf.  
Göttingen **GRAFENBERG** Weenderstr.

Am 1. März erscheint eine Neuauflage des glänzend begutachteten alkoholgegnerschen Heftchens:

**Erfrischt Euch!**

Rezepte für gesunde Erfrischungen an heißen und kalten Tagen, natürlich alkoholfrei! Mit ausführlicher Anweisung zum Selbstbereiten unverkorener Obstsalate, 32 Seiten, reich illustriert. Mit ärztlichem Aufklärungsaufsatz. Einzelpreis: 10 Pf. Preis bei Abnahme von mindestens 50 Stück: 5 Pf. Gegen Voreinsendung des Betrages postfreie Zusendung. — Bestellen Sie sofort!

**Für Erwerblose**

als Nebenverdienst gut geeignet!

Buchdruckerei Ernst Grosse, Göttingen  
Postfach 43, Postscheckkonto Hannover Nr. 608 05.

**Robert Peppmüller**  
Barfüßerstraße 7

Buchhandlung und Antiquariat

**Anfertigung**

eleganter Damen-garderobe und Reformkleidung

Ida  
**Fürchtenicht**

Göttingen  
Nikolaus-Berger-Weg 67

Alle Reformwaren preiswert und gut in Göttinger Reformhaus Markt 3

Hamburg.

**Volkshelm-Lichtspiele Hammerbrook**

1. Pamir. Ein deutsch-russischer Expeditionsfilm zum höchsten Gipfel der Sowjetunion, dem Pk Lenin.

2. Das Dokument von Shanghai.

Ein Prometheusfilm aus dem Fernen Osten, aus der Stadt, um welche ein neuer Weltbrand zu entstehen droht.

Eintritt: Verdienen: Sonnabends 50 Pf., Sonntags 70 Pf., Erwerblose und Jugendliche: 30 Pf. Beginn: Sonnabends 20. Sonntags 19 und 21 Uhr.

**BUROBEDARFSARTIKEL**

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

**A. H. TIMMERMANN**

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9

Telephon: 25 53 42

**ISK**

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:

• Deutsch,

• Englisch u.

• Esperanto

Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.

Berlin S 14, Inselstraße 8a

**Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften**

bei billigster Preisberechnung druckt

**A. Janiszowski**

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer F1 Moritzplatz 5471

**WERBT**

Abonnenten. Ein fester Abonnententstamm ist das beste Fundament. Werbt deshalb beifrig. (Einen neuen Abonnenten im Monat sollte jeder schaffen.)

**Imperialisten Sozialisten**

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

**4600 Jahre China.**

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln. Broschiert 3.— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

wie z. B. des ADGB, unternommen worden ist). Wer hindert aber dann die übrigen Arbeiterorganisationen daran, einen Einheitskandidaten aufzustellen und also die KPD zu isolieren? Ein solcher Kandidat hätte Aussicht, eine ansehnliche Zahl Stimmen auf sich zu vereinigen. Das wäre ein gutes Druckmittel, wenigstens im zweiten Wahlgang die KPD zur Vernunft zu bringen!

Im ersten Wahlgang gilt nur der Kandidat als gewählt, der mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Von den bisherigen Kandidaten kann das bei keinem als wahrscheinlich angesehen werden; auch ein weiterer Arbeiterkandidat würde daran nichts ändern.

Es ist einfach so, wie ein Teilnehmer zugeben mußte: Ja Euer Vorschlag ist gut, aber unsere Führer sind schwer umzustimmen; doch wir müßten eigentlich dagegen angehen!

Und auch ein kommunistischer Funktionär äußerte sich ähnlich: „Euer Vorschlag ist gut; ich werde ihn unterstützen, so gut ich kann. Zwar habe ich wenig Aussicht auf Erfolg, aber er ist das Richtige.“

So waren alle einig, daß es noch immer einen Weg gibt, bis zuletzt unter allen Umständen zu versuchen, einen Einheitskandidaten aufzustellen!

## Öffentliche Versammlungen des ISK:

**Berlin:** Montag, den 22. Februar, um 20 Uhr, im Hakenhof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse? Leitung: Minna Specht.

**Eisenach:** Donnerstag, den 25. Februar, um 20.15 Uhr, im Gasthof „Goldener Engel“, Katharinenstraße. Thema: „Arbeiterchaft und Reichspräsidentenwahl.“

**Göttingen:** Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal. Thema: Die Weltkriegsgefahr und die Arbeiterschaft.

**Hamburg:** Dienstag, den 23. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse?

**Kassel:** Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Der ISK und die Reichspräsidentenwahl. (Kein Ausschank!)

**Mainz:** Dienstag, den 23. Februar, um 20.15 Uhr, im Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

**München:** Die hier bereits für den 23. Februar angezeigte Versammlung kann leider nicht stattfinden. Weitere Mitteilungen folgen noch.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

## Der Streik in Burnley.

H. M. Der Streik der englischen Baumwollarbeiter dauert fort. In zehn von den 23 Fabriken, deren Unternehmer ursprünglich den Tarifvertrag verletzt hatten, haben sich die Besitzer jetzt wieder auf die alten Bedingungen eingelassen, um ihre Betriebe wieder öffnen zu können. In fünf Fabriken konnte zuerst der Betrieb mit Hilfe von Streikbrechern aufrechterhalten werden. Eine dieser Fabriken mußte während der vergangenen Woche schließen. In fünf weiteren Webereien billigten die Unternehmer bessere als die früheren Bedingungen zu, die aber auch nicht dem Tarifvertrag entsprachen. Nur in einer Fabrik meldeten sich daraufhin überhaupt Arbeiter, und auch hier nur wenige Weberinnen, die nicht genügten, um die Fabrik in Betrieb zu setzen. Die Aussicht auf Erfolg des Streiks ist also weit größer, als es vor einer Woche den Anschein hatte.

Die Unternehmer gehen in ihrer Stellungnahme gegenüber den Arbeitern keineswegs einheitlich vor. Das geht schon daraus hervor, daß einige die Forderungen der Gewerkschaften annehmen, um ihre Fabriken in Gang setzen zu können, während andere sich diesen Forderungen nicht fügen wollen. Dazu kommt die Uneinigkeit zwischen den Unternehmern der Spinnerei- und denen der Webereibetriebe. Die Spinnereien haben es darauf abgesehen, die 48-Stunden-

Woche abzuschaffen und stattdessen die 55½-Stunden-Woche einzuführen; die Webereien bemühen sich um das Acht-Webstuhl-System und weigern sich, den Arbeitern einen Mindestlohn von 50 Schilling zu zahlen. Infolge dieser Uneinigkeit ist es zur Verletzung der Tarifverträge durch einzelne Unternehmer gekommen, und zu Beginn des Jahres erklärte der Unternehmer-Verband der Spinner, daß die Betriebe nicht mehr an die Tarifverträge gebunden seien. So versuchte jeder Unternehmer einzeln, die Arbeitsbedingungen in seinem Betrieb zu verschlechtern, was dann schließlich in Burnley zum Streik führte.

Die Uneinigkeit in der Unternehmerschaft ist für die Arbeiter natürlich ein großer Vorteil. Angesichts der Tatsache, daß nur in neun Fabriken, deren Geschäftslage nicht sehr gut ist, gestreikt wird, bleibt diesen nichts anderes übrig, als entweder den Forderungen der Gewerkschaften nachzugeben, oder aber zuzusehen, wie die Aufträge an andere Firmen vergeben werden und ihr Geschäft völlig ruiniert wird.

Die lokale Unternehmer-Organisation in Burnley suchte am 14. Februar sich auf Grund eines vorläufigen Uebereinkommens mit den Gewerkschaften zu einigen, um diese zur Abberufung des Streiks zu bewegen. Die Unternehmer schlugen einen Mindestlohn von 42 Schilling die Woche vor (nach dem heutigen Kurs 30,50 Mark) und Durchführung des Acht-Webstuhl-Systems. Auf Grund dieses Vorschlags würden die Arbeiter zwei bis drei Schilling die Woche mehr verdienen als bisher, dabei müßten sie aber doppelt so viele Webstühle bedienen. Ein solches Abkommen wäre also für die Unternehmer außerordentlich günstig. Die Ortsgruppe der Webereigewerkschaft in Burnley nahm diesen Vorschlag nicht an, sondern empfahl ihren Mitgliedern Weiterführung des Streiks.

Leider gesellte sich zu der Uneinigkeit auf Seiten der Unternehmer nun auch Uneinigkeit auf Seiten der Gewerkschaften. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes Nord, der zum Streik aufgerufen hat, wirft der Ortsgruppe in Burnley vor, daß sie kein Recht habe, selbständige Beschlüsse zu fassen. Zur Klärung dieser Streitfrage hat eine Besprechung zwischen Vertretern des Vorstandes und der Ortsgruppe stattgefunden, über deren Verlauf der Öffentlichkeit nichts mitgeteilt worden ist.

Es ist gewiß richtig, daß die Ortsgruppe nicht ohne weiteres berechtigt war, ohne Zustimmung des Vorstandes Beschlüsse zu fassen. Es ist aber mißlich, daß gerade während des Streiks in Burnley, und während die Verhandlungen mit den Unternehmern im Gange sind, ein solcher Streit innerhalb der Gewerkschaften öffentlich bekannt wird. Dadurch wird es den Unternehmern leicht, gegen die Gewerkschaften zu agitieren. Sie behaupten sowieso schon, daß der Streik nur deshalb weiter geführt wird, weil einige erwerbslose Mitglieder des Webereivorstandes der Ortsgruppe Burnley als Streikposten zwei bis drei Pfund die Woche verdienen, während sie nach Beendigung des Streiks wieder von der Erwerbslosen-Unterstützung leben müssen. Die Kreise, die dieser Ansicht sind, betrachten natürlich den Beschluß der Ortsgruppe zur Fortführung des Streiks als Beweis ihrer Annahme und versuchen, die Arbeiter davon zu überzeugen. Das Mittel auf Seiten der Arbeiter, solche Agitation zu vermeiden, wäre natürlich, daß sie ihren Mitgliedern prinzipiell keine Löhne für Streikposten-Stehen zahlen, sondern ihnen höchstens ihre Ausgaben vergüten.

Wir hoffen, daß der Streit, der zwischen den Gewerkschaftsführern entstanden ist, bald beigelegt, oder jedenfalls bis zum Ende des Streiks vertagt wird. Dann ein deswegen etwa verlornen Streik würde nicht nur den Unternehmern zugute kommen, sondern auch das Vertrauen der Arbeiter zu ihrer Gewerkschaft sehr erschüttern.

## Mehr Planwirtschaft in der sozialdemokratischen Theorie.

Bg. Jona, 16. Februar.

Auf einer Versammlung der „Eisernen Front“ sprach hier ENGELBERT GRAF. Er fand gute Worte gegen die Nationalsozialisten und gegen HITLER. Auch die Außenpolitik der Regierung BRÜNING wurde treffend kritisiert: auf der einen Seite wünscht man Kredite, auf der anderen Seite aber verhindert man die Verständigung, indem Stahlhelmaufmärsche, Rüstungsparolen und Franzosenhaß geduldet werden.

GRAF warb für die „Eiserne Front“. „Wir müssen uns zusammenschließen“, sagte er. Leider erwähnte er nicht, daß der Zusammenschluß in der „Eisernen Front“ den Nachteil hat, keine Einheit der Arbeiterklasse darzustellen. Sollte GRAF

seine früheren radikalen Ansichten revidiert haben?

Wenn er schon revidieren will, dann sollte er lieber seine wirtschaftspolitischen Ansichten nachprüfen. Man dürfte allerdings erwarten, daß GRAF als waschechter Marxist sagte: „Wir lehnen es ab, einzelne Menschen verantwortlich zu machen für all das Unglück.“ Verantwortlich machte er das „System“ und den „kapitalistischen Motor“. Erst eine Stunde später entdeckte er, daß das System von einzelnen Menschen geschaffen worden ist, denn jetzt sagte er plötzlich, der Kapitalismus sei dadurch gerettet worden, daß die Kapitalisten sich zusammengeschlossen haben, und er hielt es dann auch für nötig, sich sehr eingehend mit einzelnen, ja sogar mit einem einzigen, nämlich mit HITLER, zu beschäftigen.

In diesem Punkt kam GRAF also selber mit seinen Theorien in Widerspruch, wodurch er ihnen für die Praxis verhängnisvollen Konsequenzen bis zu einem gewissen Grade entging. In dieser Beziehung bedenklicher ist, was er über die Wirtschaftskrise sagte. Für die Ueberproduktion machte er nur das Streben nach Gewinn verantwortlich. Daß hier der privaten oder staatlich geförderten monopolistischen Preisbildung die Schuld zufällt, wurde nicht erwähnt. Dieser Mangel wurde besonders empfindlich, als er von der Vernichtung der Kaffee- und Baumwoll-Vorräte sprach. Man konnte aus GRAFS Ausführungen den Eindruck gewinnen, als sei hier nur das Fehlen einer Planwirtschaft schuld.

Als Ursache der Arbeitslosigkeit erwähnte GRAF in seinem Vortrag nur die Erfindung und Benutzung der Maschinen. Durch diese „eisernen Arbeitssklaven“ seien Millionen auf Pflaster geworfen worden. Auch für die Kapitalfehlleitungen, für die vorzeitige Ersetzung der alten Maschinen durch neue, wurden die Erfindungen schuldig gemacht. Daß hierbei aber in Wahrheit die falsche Kaufkraftverteilung wichtig ist, wurde nicht gesagt. Nur in einer Planwirtschaft seien die Erfindungen kein Fluch, sondern ein Segen. Anhänger der Planwirtschaft sollten sich überlegen, wie es kommt, daß der Planwirtschaftler GRAF den Erfindungen an der Arbeitslosigkeit schuld gibt, während der Planwirtschaftler LEDERER zur Belebung der Wirtschaft Erfindungen für erforderlich hält. Anhänger der Sozialdemokratie sollten weiter überlegen, wie es möglich ist, daß innerhalb der Sozialdemokratie einander widersprechende Theorien vertreten werden können, obwohl eine wissenschaftliche Entscheidung zugunsten einer der Theorien sehr wohl möglich ist. Gerade GRAFS Ansichten über den Zusammenhang zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit sind von seinen eigenen Parteigenossen lange widerlegt. Wäre GRAF doch etwas früher nach Jena gefahren, um sich eine Vorlesung des Sozialdemokraten Professor HERMBERG anzuhören!

Schon aus GRAFS Vortrag konnte man entnehmen, woran eine Verständigung über strittige Fragen in der Sozialdemokratie scheitert. GRAF forderte nämlich zwar eine „Mitarbeit der Massen“, aber leider nannte er diese Mitarbeit der Massen „Demokratie“. Bei solchen Begriffsverdrehrungen glaubt man, die Mitarbeit der Massen sei erreicht, wenn man die Demokratie (im gewöhnlichen Sinn) hat. Nur wer solche Begriffsverdrehrungen vermeidet, wird entdecken, daß die GRAFSche „Demokratie“ durch die gewöhnliche Demokratie (das Prinzip der Mehrheitsentscheidung) unmöglich gemacht wird.

Auch während der Jenaer Versammlung zeigte sich, daß die Organisationen, die am meisten von Mehrheitsentscheidungen halten, keineswegs eine GRAFSche „Demokratie“ besitzen. Zur Diskussion wollte man nur „Harzburger“ zulassen. Da sich aber niemand meldete, hätte die Versammlungsleitung auch Sozialisten das Wort geben sollen. Im Interesse der Einigung des Proletariats ist es unbedingt notwendig, die Mängel der sozialdemokratischen Theorie und Praxis zu untersuchen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es allerdings wahrscheinlich, daß der SAP-Genosse, der sich zum Wort meldete, viel Unsinn gesagt hätte. Wer aber wegen solcher Möglichkeiten auf freie Aussprachen verzichtet, sollte auch darauf verzichten, zu essen; denn man könnte ihm unter Umständen vergiftete Speisen reichen.

## Eine alte Weisheit.

Der Teufel zeigte sich einem Menschen in seiner furchtbarsten Gestalt. „Du sollst sterben“, sagte er zu ihm: „aber unter einer der drei folgenden Bedingungen lasse ich dich leben. Entweder du tötest deinen Vater, oder du schlägst deine Schwester, oder du trinkst Wein.“ „Was soll ich anfangen?“ dachte der arme Mann. „Den eigenen Vater töten? Nein, das kann ich nicht! Meine Schwester schlagen, wäre feige. Da ich nicht sterben will, so werde ich Wein trinken!“ Gesagt, getan! Aber im Rausch mißhandelte er seine Schwester und tötete seinen Vater.

## Tetuan.

H. P. Nicht von der bekannten marokkanischen Stadt ist die Rede, sondern von einem Stadtteil Madriids. Er liegt im Norden am Hange einer leichten Bodenrhebung und hat seiner flachen Dächer und des Elends wegen wohl seinen Namen erhalten. Dieses verwahrloste Viertel Madriids hilft der Phantasie des Beschauers nach, eine Vorstellung von den erbärmlichen Lebensbedingungen zu gewinnen, unter denen diese Menschen leben. Vielleicht gibt es irgendwo in der Welt noch Schlimmeres zu sehen; vielleicht leben diese hier noch gut, ich weiß es nicht. Jedenfalls ist es ein Grund für alle, die besser leben, sich zu schämen, solange es so etwas gibt.

Die Menschen, die in dieser Gegend aus alten Backsteinen vier Wände aufrichten und darüber ein Dach stülpen, neben der Tür luxushalber noch ein oder zwei weitere Öffnungen anbringen, die man bei einiger Begriffserweiterung auch als Fenster bezeichnen kann, sind im wahren Sinne des Wortes Ausgestoßene aus einer niederträchtigen Gesellschaft. Solche Hütten, die als Ställe kaum geeignet sind, dienen oft vielköpfigen Familien als Behausung. Die verhältnismäßige Reinlichkeit im Innern, wenigstens das Bestreben zur Reinlichkeit, deutet darauf hin, daß nicht etwa die natürliche Veranlagung dieser Menschen zu ihrer Armut geführt hat.

Die Straßen sind voll Unrat: Blechbüchsen, Scherben und Abfälle aller erdenklichen Art. Auf einem schmalen Pfad, der neben den Hütten hinführt, kann man bei regnerischem Wetter seine Schuhe einigermaßen sauber halten. Hunde, Hühner und Schweine sind eifrig beschäftigt, aus dem Unrat der Straße nach hundertmaligen Durchschüffeln immer noch etwas Freßbares ausfindig zu machen. Scharen von Kindern sitzen auf den Wegen, balgen sich, oder zünden sich ein kleines Feuerchen an, um sich zu wärmen. Auch in diesen kühlten Winternackten haben sie kaum genügend Oberkleidung. Die Beine sind nackt und die Hose so zerrissen, daß man nur noch raten kann, zu welchem Zweck die Kleiderfragmente angezogen werden.

Auf einem freien Platz mit festgetretener Erde spielen junge Burschen mit Bällen oder Kupfermünzen. Alle haben fast dieselbe Kleidung: blaue Drillichüberhosen, hellen Staubmantel, der immer offen ist und flattert, Filzschuhe und Baskenmütze. Frauen stehen in Gruppen vor ihren Hütten, an irgendeinem Kleidungsstück arbeitend, oder Kinder an der Brust. Aber wo sind eigentlich die älteren Männer? Nur ein Teil von ihnen befindet sich in den engen, rauchigen Schnapskneipen. Die anderen sind auf der Arbeit, d. h. sie versuchen, durch Handel und allerlei Geschäftchen einige Centimos zu verdienen. Wollen wir ihre Arbeit kennenlernen, dann müssen wir nachforschen, warum die Straßen und Höfe so voll Unrat sind, warum hier unzählige Blechbüchsen, die oft, wie die Aufschrift zeigt, delikate Nahrungsmittel enthalten haben, überall verstreut liegen.

Man kann hier oft den „carrota“ begegnen, das sind zweirädrige Karren, die meist von Eseln gezogen werden. (Ueber Esel und überhaupt über die Behandlung der Tiere wird noch zu reden sein.) Mit diesen Zweiräderkarren wird in den besseren Stadtteilen der Unrat und der Hausabfall gesammelt. Vollbeladen kommen sie zurück; dann wird die Beute sorgfältig durchsucht. Mit Hölzchen oder auch mit bloßen Händen sortieren Mann und Frau den Unrat, so sorgfältig, wie wenn sie Linsen lesen würden. Sie wühlen, wühlen; nichts entgeht ihnen. Alles irgendwie Brauchbare wird gesammelt, seien es Schrauben, zerrissene Schuhe, Stoffreste oder Flaschen. Was hier gefunden wird, taucht dann auf dem Trödlermarkt in Madrid, dem „Rastro“ wieder auf und wird, je nach Wert, um einen „perra chica“ oder „porra grande“ (5 oder 10 centimos) verkauft. Manchmal finden sich auch „wertvollere Dinge“, z. B. kitschige Nipp-sachen oder Photographien irgendeiner Familie von Urgroßmutter bis zum Urenkel. Diese Sachen werden dann mit großer Sorgfalt behandelt, sauber geputzt und an einen freundlichen Platz auf dem Trödlermarkt gestellt. Der Besitzer solcher wertvollen Dinge blickt behaglich auf seine Reichtümer und weiß den hohen Kunstwert seiner Waren

nicht genug zu loben. Er findet freilich Käufer erst nachdem er die Hälfte des geforderten Preises nachgelassen hat. Er lacht sich aber dann immer noch ins Fäustchen.

Auf diese Art fristen die meisten Menschen von Tetuan ihr Leben. Es ist nicht verwunderlich, daß sie auch versuchen, auf weniger „reelle“ Art zu Geld zu kommen. Taschendiebereien und Nepperereien bringen schneller Geld ein, als die mühselige, wenn auch reelle Art des Lumpensammelns. Wie sollen denn diese Menschen, die kaum einen anderen Weg wissen und die wie durch eine magische Wand vom Zugang zu einer menschenwürdigeren Arbeit abgehalten werden, anders handeln? Wie lange mußte ein grausames System bestehen, um diese Menschen überhaupt so zu zähmen, daß sie nur noch Taschendiebstähle verüben?

„Was sollen wir denn tun? Es gibt nur einen Weg: Man muß die Reichen alle erschießen!“ — so sagte uns eine Frau mit herben Gesichtszügen, aber lebhaften und ehrlichen Augen. Sie blickt voll Haß hinüber auf die Hochhäuser des Stadtzentrums und setzt hinzu: „Wenn mein Mann auch nur anfängt, politisch zu arbeiten, fliegt er gleich ins Gefängnis.“

Ein abscheuliches System sorgt dafür, daß Wissen nicht in alle Kreise des Viertels dringt. Es gibt nur wenige Schulen, und auch dort ist der Raum beschränkt. Wer seine Kinder in die Schule bringen will, muß einen besonderen Antrag stellen. Die Auswahl erfolgt dann durch die Behörde, und wie man sich bitter beklagt, auf parteiiche Weise. Kinder von Sozialisten und Republikanern haben den Vorzug. Kommunisten können auf Gewährung eines Platzes nicht rechnen. Es gibt auch eine Schule, die von Nonnen eingerichtet ist. Dort wird ein kleiner Betrag verlangt für den Unterricht.

Wir gehen wieder stadteinwärts. Auf dem Wege sehen wir eine zerfallene Kirche. Nur die Vorderfront steht noch zum Teil. Dann noch ein großes Kloster, eins von den niedergebrannten. Wir atmen auf: Einer der Schuldigen hat einen empfindlichen Schlag erlitten.

# Bauern und Großgrundeigentümer.

Daß Bauern und Großgrundeigentümer völlig verschiedene wirtschaftliche Interessen haben, zeigt jede Untersuchung darüber, welche Produkte landwirtschaftliche Betriebe verschiedener Größen vor allem zu Markte bringen.

Einer Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsrates entnehmen wir die folgenden von Dr. FENSCH zusammengestellten Zahlen, die auf Grund von vielen tausend Buchabschlüssen aus den Jahren 1924—29 errechnet worden sind. Gegenübergestellt wird jeweils der Anteil einer Größenklasse an der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands und ihr Anteil an der Marktversorgung (wertmäßig). Nehmen wir zunächst die **Ackerprodukte**.

Prozentualer Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche an der Marktversorgung mit:	Betriebsgröße in Hektar				
	5—20	20—50	50—100	100—200	über 200
Getreide	33,1	23,3	9,8	8,4	25,4
Kartoffeln	35,6	18,7	9,1	8,5	28,1
Ackerprodukten insgesamt	31,7	22,4	10,0	9,0	26,9

Wir sehen: Die größeren Betriebe liefern weit mehr Ackererzeugnisse auf den Markt, als ihrem Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche entspricht. Sie sind daher besonders an Getreidezöllen interessiert. An der Kaufkraft der Massen der Industriearbeiter sind sie als Getreide- und Kartoffelverkäufer wenig interessiert; denn gerade diese Produkte werden auch bei Preiserhöhungen noch fast in der alten Menge gekauft, weil

sie auch dann noch die billigsten Mittel sind, um den Hunger zu stillen.

Nun dieselbe Untersuchung in bezug auf den Absatz von **Viehprodukten**:

Prozentualer Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche an der Marktversorgung mit:	Betriebsgröße in Hektar				
	5—20	20—50	50—100	100—200	über 200
Rindvieh	43,4	24,1	8,0	5,9	18,6
Schweinen u. Ferkeln	54,6	24,1	7,1	4,4	9,8
Milch und Molkeerzeugnissen	56,8	24,0	6,7	3,6	8,9
Viehprodukten insgesamt	44,4	25,5	9,7	6,4	14,0
	50,7	24,4	7,8	5,0	12,1

Wir sehen hier das Umgekehrte: Die kleineren Betriebe liefern weit mehr Viehprodukte auf den Markt, als ihrem Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche entspricht. Sie sind daher an niedrigen Futtermittelpreisen besonders interessiert und daran, daß die Industriebevölkerung kaufkräftig genug ist, um nicht nur ihren Hunger mit den billigsten Mitteln zu stillen (das sind, wie gesagt, Brot und Kartoffeln), sondern auch bäuerliche Produkte zu kaufen. Dasselbe Interesse an kaufkräftiger Industriebevölkerung haben die Verkäufer von Gemüse und Obst. Der Preisfall für alle diese Produkte ist die natürliche Folge davon, daß die Einkommen der Industriearbeiter in Deutschland seit 1929 auf weniger als drei Fünftel ihrer damaligen Höhe zurückgegangen sind. Nur wenn die Industriearbeiter wieder mehr Kaufkraft haben, kann es den Bauern wieder besser gehen. Rpt.

## „Waldwirtschaft und Russenschwindel.“ Wer schwindelt?

Im Zusammenhang mit der Meldung über die Verdoppelung der deutschen Hartholzzölle hatten wir geschrieben, daß diese Maßnahmen zu Gunsten der Großgrundeigentümer getroffen werden, denen der überwiegende Teil der Privatforsten gehöre.

Ein Leser sendet uns hierzu einen Aufsatz des bayerischen Bauernführers Dr. GEORG HEIM, der anscheinend vor der Zollerhöhung geschrieben wurde und am 12. Februar in Nr. 43 des „Bayerischen Kuriers“ erschienen ist. Dort schreibt HEIM unter der Überschrift: „Waldwirtschaft und Russenschwindel“ über den Schaden, der Deutschland erwachse aus der Ausfuhr von Industriewaren nach Rußland — es ziehe dort Konkurrenten groß — und der Einfuhr von Holz aus Rußland. Dann heißt es bei HEIM wörtlich:

„Um es manchen Leuten nicht zu bequem zu machen, möchte ich hier ausdrücklich konstatieren, daß ein ganz wesentlicher Teil des deutschen Waldes nicht in den Händen des Großgrundbesitzes, sondern in den Händen der Bauern ist, ja sogar der überwiegende Teil.“

Wer hier „Russenschwindel“ treibt, ergeben eindeutig die Ziffern der amtlichen Statistik („Statistik des Deutschen Reiches“, Band 411). Es bedecken:

Staatsforsten	3,8 Millionen Hektar
Gemeindeforsten	1,9 Millionen Hektar
Privatforsten	5,8 Millionen Hektar

(Dazu kommen noch verhältnismäßig unbedeutende Flächen von Stiftungsforsten und Genossenschaftsforsten: je rund 200 000 ha.)

Von den Privatforsten gehören 3,3 Millionen Hektar zu Betrieben mit mehr als 100 Hektar Gesamtfläche und nur 2,5 Millionen Hektar zu Betrieben bis 100 Hektar Gesamtfläche, also bäuerlichen Betrieben; von diesen 2,5 Millionen Hektar gehören überdies 600 Prozent zu Betrieben mit 20 bis 100 Hektar; für die Klein- und Mittelbauern bleibt also von den 12 Millionen Hektar nur 1 Million Hektar übrig.

Daß sich in den Händen der Bauern der **überwiegende** Teil des deutschen Waldes befindet, ist also nichts als ein deutscher Schwindel des Bauerndoktors HEIM, der seinerseits gut täte, sich nicht über Russenschwindel aufzuregen. Rpt.

## Dämmert es?

SCHLANGE-SCHOENINGEN, Reichskommissar für die Osthilfe, sagte am 11. Februar im Rundfunk:

„Ich glaube, das deutsche Agrarproblem überhaupt nur noch lösbar ist, wenn wir es in unmittelbare Verbindung bringen mit dem Arbeitslosenproblem. Mit jedem Arbeitslosen, den wir mehr haben, sinkt der Konsum. Darum hat die deutsche Landwirtschaft ein entscheidendes Interesse an einem großzügigen, aber wirklich schnell produktiven Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es wird ihr erst dann wieder besser gehen, wenn einige Millionen von Arbeitslosen von der Straße genommen und aus der Belastung der Arbeitslosenversicherung heraus in den Kreislauf der Wirtschaft zurückgeführt werden.“

## Die Not der ungarischen Bauern.

Die ungarischen Bauern haben für die Ernte von 1930 weniger als 1000 Millionen Pengö (rund 750 Millionen Mark) erhalten, während die Ernten der Jahre 1927—29 im Durchschnitt 2000 Millionen Pengö (rund 1500 Millionen Mark) eingebracht haben. Der Erlös aus der Weizenausfuhr betrug im vergangenen Jahre nur 40 Millionen Pengö (rund 30 Millionen Mark) gegenüber 70 Millionen Pengö (rund 50 Millionen Mark) im Vorjahr.

Die Bauern haben hohe Steuern zu zahlen, und die Preise für Industrieprodukte sind infolge der hohen Zollmauern weit weniger zurückgegangen als die der Agrarprodukte.

Der Staat hat versucht, den Bauern zu Hilfe zu kommen; aber auch hier haben die Staatseingriffe mehr geschadet, als genützt. Die Bauern haben einen Zuschuß vom Staat erhalten, was die Umstellung der Landwirtschaft auf den Anbau von Produkten, die mehr einbringen als Roggen und Weizen, unnötig verzögerte. Im Vorjahr hat der Staat noch 25 Millionen Pengö (rund 18 Millionen Mark) für Getreide-Ausfuhrprämien ausgegeben. In diesem Jahre ist es um die Staatsfinanzen so schlecht bestellt, daß der Staat wegen rückständiger Prämienzahlungen an die Exporteure schon mit 6 Millionen Pengö verschuldet ist. Es wird nun geplant, die Prämien zu kürzen. Auch der Zuschuß, den die Bauern vom Staat erhielten, wird gekürzt werden, wodurch die Lage der Bauern weiter verschlechtert werden wird.

## Zur Lage in Spanien.

Arbeitslosigkeit: mindestens 500 000.

Der **Lebenshaltungsindex** stieg von 1930 auf 1931 von 171,6 auf 175.

**Weizenernte** 1931: 3,3 Millionen Tonnen; 1930 waren es 4 Millionen Tonnen.

Die **Weinausfuhr** stieg, der Menge nach, 1931 gegenüber dem Vorjahr um fast 20 Prozent. Der Erlös fiel jedoch von 139 Millionen Goldpeseten auf 58 Millionen Goldpeseten (1 Goldpeseta = 81 Pfennige).

Die **Erzausfuhr** ging von 1930 auf 1931 gleichfalls zurück: Eisenerze wurden 1931 nur 2,9 Millionen Tonnen ausgeführt (1930: 4,9 Millionen Tonnen), Kupfererze 2,6 Millionen Tonnen (1930: 3,3 Millionen Tonnen). Der Wert der ausgeführten Mineralerze sank von 260 Millionen Mark (1930) auf 115 Millionen Mark (1931).

## Zur Lage in Indien.

Die indische Baumwollwareneinfuhr aus England hat, vor allem infolge des Boykotts englischer Waren in Indien, seit 1929 besonders stark abgenommen. Aber auch die Baumwollwareneinfuhr aus Japan ist sehr zurückgegangen, was wahrscheinlich zur Hauptsache eine Folge der Wirtschaftskrise in Indien ist. Dagegen hat die indische Baumwollindustrie einen großen Teil des Inlandmarktes erobert.

Baumwollwareneinfuhr nach Calcutta (Indien). (In Packages.)	1929	1931
Aus England	227 013	41 409
Aus Japan	179 348	120 155
Gesamteinfuhr aus anderen Ländern	464 032	198 001
Einfuhr aus indischen Häfen	90 285	152 067

## Endlich Konkurrenz für Benzin?

Die Russen sind aus der deutschen Benzinkonvention ausgetreten. Wenn nun kein Kommissar für Erhaltung der hohen Preise eintritt, dürfte es zu einer erheblichen Benzinpreissenkung kommen. Wir werden sehen, ob die Regierung es zuläßt, daß ihr Preissenkungsprogramm durch die Konkurrenz verwirklicht wird.

## „Sozial“ gesinnte Bürger.

Durch Zufall kam ich in eine Versammlung der mir unbekannteren „Arbeitsgemeinschaft für Industriereform“. Thema: „Der Mensch im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Krise“. Wie auf einer Bühne spielten die 17 Teilnehmer vor mir ihre Rollen als hilflose Ankläger und als „sozial“ gesinnte Menschen.

Erster Referent, Regierungsrat B., liest ein langweiliges Manuskript vor. Um nicht einzuschlafen, lese ich die Zeitung und notiere mir nur gelegentlich einen Satz: „Was ist Taylorismus anders als der Versuch, die Persönlichkeit wieder zur Geltung zu bringen?“ „Neuaufbau der Betriebe von innen heraus.“ „... noch weit entfernt vom Arbeitsfrieden.“ „Begrüßenswert, daß das DINTA sich der Führerschulung annimmt.“ — Der Leiter dankt dem Referenten „für die neuartigen Ausführungen“.

Zweiter Referent, Professor D., über „Arbeitslosigkeit und Gesellschaft“. Als Professor der Soziologie definiert er nacheinander sauber: „Gesellschaft“, „Arbeit“, „Arbeit für andere, Arbeit mit anderen, Arbeit unter der Bedingung der Teilnahme anderer“. Das dauerte 13 Minuten. Dann folgte die Behauptung, die Not der Zeit komme daher, daß man von **Arbeit** spreche statt von **Beruf**, von Arbeitslosigkeit statt von Berufslosigkeit. Und zwar sei daran, daß wir das Wort **Beruf** nicht genügend benutzen, **KARL MARX** schuld. — Die Lösung der sozialen Frage stellt sich dem Professor so dar: „Berufslosenversicherung innerhalb der einzelnen Berufe; Organisation der Berufslosen in einer besonderen Gewerkschaft. Dann ist etwas für sie getan; sie sind gehoben über das Niveau der Unterstützungsempfänger, es ist ihnen staatsbürgerliches Selbstbewußtsein gegeben. Dann hätten wir ein wenig mehr Zufriedenheit.“

Dritter Referent, Dr. B., über Sozialpolitik: Nicht notierenswert. — Auf die Frage, was geschehen solle: „Man kann nicht sehen, wo es hinwill.“ „Ein Programm vermag ich nicht zu geben.“

Der zweite Referent auf einige Anfragen: „Ich danke nicht daran, ein Heilmittel zu nennen. Ich hoffe, daß wir länger in Deutschland leben als die gegenwärtige Krise dauert. Mein Vorschlag ist zu verwirklichen, „wenn wir über die Krise — ich weiß nicht, wie — hinaus sind.“ „In bezug auf die heutige Sozialpolitik habe ich kein Programm.“

## Preisdictator Goerdeler. Die Niederlage wird in Berlin offenbar.

**Milch:** Am 18. Februar ist der Berliner Großhandelspreis für Milch heraufgesetzt worden; vom 20. Februar ab beträgt der Kleinhandelspreis für 1 Liter 28 statt wie bisher 24 Pf. — Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin ist von GOERDELER und dem preußischen Staatsministerium ermächtigt worden, die Berliner Milchpreissetzung nachzuprüfen.

**Kartoffeln:** Seit Anfang Januar ist der Zentner im Großhandel um 20, im Kleinhandel um 50 Pf. teurer geworden. 10 Pfund kosten jetzt 45 statt 40 Pf.

**Mehl:** Der Doppelzentner ist seit Anfang Januar von 29 auf 32 Mark im Preis gestiegen.

**Butter:** Die Zollerhöhung hat sich wider Erwarten sehr rasch ausgewirkt. Butter I. Qualität kostete zur Zeit der Zollerhöhung im Großhandel 97 Mark pro Doppelzentner, jetzt 132 Mark; für mindere Qualität sind die entsprechenden Preise 80 und 115 Mark. Im Kleinhandel kostete 1 Pfund Butter zur Zeit der Zollerhöhung 1,30 Mark, jetzt kostet sie 1,60 Mark.

## Der Zoll als Schmugglerprämie.

Jede Zollerhöhung wirkt wie eine Prämie, die Schmuggler anlockt, die Zollmauern zu umgehen. An der Ostgrenze, in Flatow, sind kürzlich besonders erfolgreiche Schmuggler verhaftet worden. Sie „arbeiten“ seit 1918 und haben unter anderem über 1000 Fässer Butter zu 57 Kilo der Verzollung entzogen, außerdem haben sie große Mengen Getreide, Wurst, Geflügel und Wild über die Grenze geschmuggelt. Die unterschlagene Zollsumme beträgt angeblich 250 000 Mark.

Die einfachste Bekämpfung des Schmuggels besteht in der Aufhebung der Zollschranken!

## Kurz vor Toresschluß.

Der gesamte verfügbare Schiffsraum der Dampfer, die von den Vereinigten Staaten nach England fahren, und dort vor Ende Februar ankommen, ist überfüllt. Woher der plötzliche Aufschwung? Die Küsten Englands sind ab 1. März von Zollmauern umgeben, und alle Händler beeilen sich, mit ihren Lieferungen, um sie noch zollfrei nach England einzuführen.

## Kapitalausfuhr trotz Devisensperre.

Ein österreichischer Kapitalist, der sein Geld gerne im Ausland in Sicherheit bringen möchte, bestellt bei einem Wiener Reisebüro 6 Fahrkarten für die Reise nach Indien, auf einem englischen Dampfer. Nach Erhalt der Karten schickt er diese nach London zum Verkauf, „da er nicht mehr die Absicht habe, nach Indien zu reisen.“ Den Erlös hat er nun wunschgemäß in englischen Pfunden im Ausland liegen, ohne dabei die österreichischen Devisenvorschriften übertreten zu haben.

## Zahlen zur Kreditkrise.

Im Laufe des Jahres 1931 sind die fremden Mittel (die Einlagen von Privatbanken, Firmen und anderen Banken) bei den deutschen Kreditbanken um 30 Prozent eingeschrumpft, bei den englischen Banken um 8 Prozent, bei den Banken in der U.S.A. um 10 Prozent. — Die vier größten Banken in Frankreich haben dagegen einen **Zufluß** von 5 Prozent zu verzeichnen. (Aus dem Geschäftsbericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft Berlin)

## Um Bier und — Brüning.

Die Verhandlungen der Gastwirtevertreter mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung sind erfolglos verlaufen. Der Reichskommissar erklärte sich außerstande, seine Verfügung über die Bierpreissenkung zurückzunehmen; es könne höchstens in einzelnen Punkten eine Milderung veranlaßt werden.

Hinter den Brauereien und Gastwirten steht die **Wirtschaftspartei**. Der Konflikt mit BRÜNING, in den die Wirtschaftspartei durch die Auseinandersetzungen um Bierpreis und Biersteuer hineingerät, könnte bei den gegenwärtigen Bestrebungen zum Sturz BRÜNING eine Bedeutung gewinnen.

„Ich bitte Sie nur, dem Gedanken der Unterscheidung von Arbeit und Beruf ein wenig Aufmerksamkeit zu widmen.“

Vierter Referent, ein Arzt, über „Arbeitslosigkeit und Krankheit“, empört über das, was er erlebt: Fürsorgeärzte, bei denen die Patienten bis auf die Haustreppe hinaus anstehen, die „abgefertigt“ werden müssen, ohne Untersuchung, weil dazu gar keine Zeit ist. Kinder, die dauernd unterernährt werden; ein Versuch, solche Kinder durch starke Vitaminzufuhr und Bestrahlung wieder hochzubringen, ist gescheitert. Die Gefahr ist ungeheuer, nicht nur für die nächsten Jahre, sondern für die biologische Zukunft der Menschheit.

Fünfter Referent, Regierungsbaumeister L., über Siedlung. Wenn man von Schuld sprechen kann an der heutigen Not, so liegt sie in der Entfernung von der Natur. Heilkraft der Siedlung. Siedlung löst viele Nöte. — Der Mann war Techniker, sein Referat war als „konstruktiver Plan“ angekündigt worden. Ohne diese Ankündigung wäre ich längst fortgegangen. Der Techniker sprach nur von der **Idee** der Siedlung, nichts über die Durchführung.

Der Leiter, ein arbeitsloser Ingenieur, bringt zum Schluß seinen entscheidenden Vorschlag: Zusammenfassung des Reichsarbeitsministeriums, Reichswirtschaftsministeriums und Reichsfinanzministeriums zu einer Exekutivgewalt. Die 3000 Sachverständigen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit sollen als Berater herangezogen werden. — Dank für das „Opfer“ der Teilnehmer, drei Stunden auszuharren. Schluß.

Dritten unterhielt man sich über den Begriff der Arbeit und Arbeitslosigkeit. Draußen verkauften Arbeitslose Posttarife und Streichhölzer.

Dritten bekannten Doktoren und Professoren unter sich, daß sie nicht wußten, was geschehen solle. Sie demonstrierten also, daß Arbeitersteuergroschen, mit deren Hilfe sie studiert hatten, zum Fenster hinausgeworfen worden sind! Sie sind dem Kapitalismus nicht nur ungefährlich, diese „Sozialreformer“; nein: sie sind **nützliche** Glieder der bürgerlichen Gesellschaft, wohl geeignet, etwa doch stützig werdende Bürger in ihrem Gewissen zu entlasten durch den Hinweis, der Kern des Übels sei das mangelnde Berufsbewußtsein der Arbeiter — wohl geeignet ferner, Empört: wie den Arzt zu beruhigen: „Man kann nichts tun.“ „Man kann nicht sehen, wo es hinwill!“ Rpt.